

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

sonnenlospreis mit den tägl. Unterhaltungsblättern Leben, Willen, Lust und Grauen- und Jugendzeitung einschließt. Bringerlohn monatlich 80 Pf. je 100 Blatt bezogen vierzehntel. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erhöht täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bringerstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Creditor: Bringerstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Gebühren werden die gesetzte Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeige 20 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 39.

Dresden, Mittwoch den 17. Februar 1909.

20. Jahrg.

Im Schlamm der Großstadt.

Mensch „geborener Verbrecher“ stirbt nach einem ehrenhaften Leben als Konsistorialrat, Hofprediger oder Minister, verzerrt nicht nur von seiner Familie, sondern von weiten der Bürgerlichkeit. Die verderblichen Anlagen, die in ihm schlummerten, blieben zurilgedemmt, weil glückliche Umstände eine langsame Erziehung, die dauernde Konstruktion durch Vorgeriegt und durch die öffentliche Meinung ihnen einen Spiegel zum Entfaltung ließen. Wäre der Mann, so als Tagesschild geprägt wurde, in der politischen Proletarierfamilie geboren worden, hätte er seine Jugend dem Sohn einer Weitwanderin und auf den Straßen durchmüssen, wäre sein Geist nur in der lärmenden Volksmeile angepasst worden und hätte ihn dann deshalb rauschend in Not und Entbehrung hineingezogen. Dann hätte die wilden Mächte ersterer Unschuld einen wohl die Überhand genommen und ihn mit den Geigen der Gemeinschaft in Konflikt gebracht, in der er zu leben begannen war. Die Welt hätte dann einen Verbrecher mehr. Ein „lasterhaftes Schauspiel“, an dem jeder ehrbare Mensch mit diesem Grauen vorbeigeht und dessen Ende auf Schatz der innerlichen Zufriedenheit des gutgelaufenen Pöbels erwartet.

Jacob Moleschott hat einmal gesagt, der Mensch ist, was er ist. Dieser Satz ist eine fröhliche Zusammenfassung einer feineren Wahrheit. In der Tat wird das individuelle Mal eines Menschen in hohem Grade von den sozialen Mächten beeinflusst, in die er hineingeboren wird. Rasse, Gesellschaft, Eltern, Beruf, Bildung, Nahrungsangebote, Möglichkeiten des Aufstiegs, Umgang mit anderen Menschen, Wohnort, Klima, das alles und noch vieles wirken auf das Einzelne und bestimmen sein Geschick.

Unter Körper bestimmten Anstrengungen ausgeübt ist, Krankheit und einer Krankheit erliegen kann, so kann auch die allgemeine Persönlichkeit infiziert werden, erkranken und durch Krankheit zugrunde gehen. Dass die Gesellschaft der Proletarier die öffentliche Gesundheitspflege etwas tut, ist eine allgemeine Wohltat geworden; man errichtet Kinder-, Lungenheilstätten, Erholungsheime, Disinfektionsanstalten und mancherlei andere Einrichtungen dieser Art.

Bedarf wird durch die Anstrengungen noch bei weitem befriedigt, sondern unzureichende Anstrengungen sind es, um auch nur das Allerdringendste erst einmal zu tun. Innerhalb ist doch wenigstens ein Anfang gemacht worden. Ganz anders auf dem Gebiete der Moral. Für den moralischen Persönlichkeit gleichsam, wenn das Einzelne erst einmal der Kindheit entflohen ist, überhaupt nichts mehr. Höchstens, dass sich ein universer Verein für innere Mission oder eine traktionsfreie Jungfernheit mit den verfehlten Mitteln bemüht, ihre entzündlichkeit an den Mann oder an das Weib zu bringen. Wirklich Durchgreifendes auf diesem Gebiete haben aber die Arbeiterorganisationen zu leisten vermocht, ihrem Staat und Gemeinde so gut wie ver sagt haben. Ihnen kann auch die Arbeiterorganisation selbst bei reger Arbeit immer nur gewisse Schichten der Bevölkerung in den Arm ziehen. Das im Schlamm der Großstadt dahinterliegende Element des sogenannten „Lumpenproletariats“ ist unangängig. Es ist geradezu das Charakteristikum des Lumpenproletariats, dass es unangängig ist. Mit dem Anfang an Organisation hangt seine innere Haftlosigkeit zusammen, sein immer mehr oder weniger rasch vor sich gehender vorlicher und fülliger Verfall. Wie zahlreich das Lumpenproletariat in einer Weltstadt wie Berlin ist, dürfte schwierig zu Sicherheit festzustellen sein, weil die Abgrenzung des Bevölkerungslebens schwierig und die Zahl selbst starken Schwankungen unterliegt. Wir werden wohl aber nicht fehl gehen, wenn wir die Lumpenproletarischen Scharen auf viele Hunderttausende einzäumen. Sie nach der wirtschaftlichen Konjunktur und nach den dadurch bedingten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage und Verfassung großer Bevölkerungsgruppen steigt oder fällt die Zahl der Lumpenproletarier.

Es wäre die wichtigste Aufgabe einer jeden verständigen und gerechten Regierung, dem Lumpenproletariat den sozialen Nährboden zu entziehen, auf dem es wächst. Dazu gehörte eine kräftige Fürsorge für das materielle Wohl befinden gerade der am wenigsten leistungsfähigen Schichten der Bevölkerung, eine außergewöhnliche Schulpolitik, ein Ausbau des Arbeiterschulbesuches und der Arbeiterversicherung weit über den Rahmen des bestehenden hinaus, eine organische Umgestaltung der sozialen Eigentumsverhältnisse und eine Demokratisierung des Staates. Wir brauchen nicht zu sagen, dass heute von uns gerade das Gegenteil geschieht: Eine so brutale wie primitivische Ausplunderungspolitik legt die Latte eines unheimlichen Staateswesens vornehmlich auf die Schultern der Kinderarmelitten; die Arbeitsgelegenheit wird den Arbeitern entzogen, weil die Raffiner der herrschenden Klassen durch Schulschluss befriedigt werden soll, das unseres Handels und Wandes idyllt die Schule ist der Verwaltung ausgeliefert, die Bevormundung des Volkes durch eine üppig austende Bürokratie nimmt immer größeren Umfang an, die Wahlrecht wird verschärft, alle Wachtmittel des Staates werden in den Dienst der konsumtiven Auffassung gestellt, alles ist, sei es erhalten zu bleiben. So verfinst die Rasse des großstädtischen Proletariats immer mehr in wirtschaftlichen

Betrübnis und ihre Grundstimmung ist ein grauer Despotismus. Kein Wunder, dass diese ungünstigen Verhältnisse schlimme Folgen zeigen. Wie elke Geschwür aus dem Körper des Verstrafen verbrechen, so deuten kann.

Weltliche Untaten auf schlimme soziale Erkrankung.

Seit Tagen schon wird die Bevölkerung Berlins durch eine Menge von schlimmen Unholden geschreckt, die nicht nur im abendlichen Dunkel, sondern jetzt auch schon am hellen Tages in den Straßen alleingehende Frauen anbringen und durch Pfefferminz gefährlich verleben. Der Polizei ist es noch nicht gelungen, auch nur einen einzigen von diesen Verbrechern unbedenklich zu machen; selbst eine bis auf 3000 M. erhöhte Prämie des Polizeipräsidiums ist zunächst wirkungslos geblieben. Innerhalb kann man annehmen, dass demnächst der eine oder andere Verbrecher festgehalten oder durch einen Komplizen verdeckt werden wird. Die Hand der Gewaltigkeit wird schwer auf ihm lasten. Vielleicht wird es sich auch herausstellen, dass diese abscheulichen Untaten von pervertierten Menschen begangen sind, denen die geistige und moralische Berechnungsfähigkeit fehlt. Man wird sie ins Asylhaus oder in die Arrestanstalt einsetzen. Und es ist kein Zweifel, dass sich die Gesellschaft gegen unschöne Elemente nachdrücklich räumen muss, wenn sie nicht in ihren Grundlagen bedroht werden soll.

Aber bei alledem sollen wir nicht vergessen, dass selbst diese Lebelloser auf eine gerechte Beurteilung Anspruch zu machen haben. Und da geht für jeden Verständigen kommt, aus den Tatsachen hervor, dass die Gesellschaft selbst auf die Auflagebank gehört. 101 000 Arbeitslose sind in diesen Tagen in Berlin gezählt worden! Wer kann die Summe des Elends und der Vergesellschaftung auch mir in seiner Phantasie ermessen, die sich hinter diesen Zahlen verbirgt? Wenn eine Gesellschaft ihre eigenen arbeitsfreudigen Mitglieder verlässt, lohnt, wenn sie nicht einmal imstande ist, das Getriebe ihres wirtschaftlichen Lebens sachgemäß zu kontrollieren, dann darf sie sich nicht wundern, dass Irreführung und moralische Depression in den Kreisen der Arbeiterunterstützung sich greifen. Dann hat sie kein Recht, sich mit entrückten Gedanken auf den Richterstuhl zu setzen und das Kostümzeichen des Verbrechertums der Eltern zu brennen. Aus dem Schlamm der Großstadt steigt der bluttriefende Mahner empor!

100 000 Arbeitslose in der Hauptstadt des Reichtums.

Über die von der Berliner Gewerkschaftskommission in Berlin und den Vororten veranstaltete Arbeitslosenzählung liegt jetzt das genaue Resultat vor. Das gittermäßige Ergebnis ist 101 000 Arbeitslose in Groß-Berlin. Hierzu entfallen auf Berlin allein 87 387 und auf die Vororte 22 683 Arbeitslose. Wie die Gewerkschaftskommission mitteilt, sind alle zweifelhaften Fälle (8467 Auten) ausgeschlossen worden. Außerdem sind noch 6051 Personen, die in Herbergen und Klippen gehäuft wurden, in Abzug gebracht worden. Bei der Zählung wurden 45 Vororte berücksichtigt.

Die Ziffern der Gewerkschaftszählung übersteigen weit die Ziffern, die bei der amtlichen Zählung am 11. November 1908 gefunden wurden. Die damalige Zählung durch die Stadtbürode ergab 40 212 Arbeitslose. Der Unterschied ergibt sich zum Teil aus der mittlerweile erfolgten Steigerung der Arbeitslosigkeit, mehr aber noch aus der verschiedenen Methode der Annahme der Statistik. Der Berliner Magistrat hat das Meldeamt benutzt; die Arbeitslosen hatten sich in den Schulzälen zu melden, wobei die Zählstellen aufgefüllt wurden. Selbstverständlich erreicht dieses Verfahren zahlreiche Arbeitslose überhaupt nicht. Daher beweist es nur die Unzulänglichkeit des amtlichen Verfahrens, wenn auch die soeben wiederholte Zählung des Berliner Magistrats, wiederum nach dem Meldeamt, verläuft nur die Ziffer von 23 676 ergab; allerdings ist diese Zählung noch nicht abgeschlossen und bezieht sich wohl nur auf die Stadt Berlin selbst.

Der behördliche Seite nach man die Ziffern der Gewerkschaftskommission zu bestimmen, um die Durcharbeit des sozialen Lebens zu erhöhen, müsste erscheinen zu lassen. Der Sozial-Anzeiger schreibt: „Wenn das Ergebnis dieser Zählung sich als bedeutend höher herausstellt als das von der Stadt im vorigen Jahr erzielte Resultat, und eine Differenz ergibt, die sich für Berlin auf fast 40 000 Beschäftigungslosen mehr beläuft, so wird an unterschätzter Stelle in diesem von der Arbeiterkraft bestimmbaren Resultat Fehler weg eine Differenz erzielt. Bei der Zählung am Sonntag sind nämlich auch die Kranken als arbeitslos mit aufgenommen worden, und diese Kranken zählen nach vielen Zeugen.“

Bei dieser übrigen Behauptung des Berliner Sozial-Anzeigers, die sich offenbar von jener „sozialrechten Seite“ herunterreicht, liegt vom Zählkomitee mitgeteilt, dass lebensförderlich Kranken, die Arbeit haben, nach Ablauf ihrer Krankheit wieder in ihre alte Arbeitsstelle zurückkehren, nicht als arbeitslos gezählt werden dürfen. Zu der Hoffnung des Berliner Sozial-Anzeigers kann vielleicht die Frage auf den Zähltagen gefügt werden: „Sind Sie arbeitslos infolge Krankheit?“ Die Frage soll aber so verstanden werden, dass sie lediglich den Grund der Arbeitslosigkeit angibt. Sie ist dann mit „Ja“ beantwortet und der Beobachter als arbeitslos gezählt worden, wenn er seine Stellung infolge von Krankheit

verloren hatte, also nach der Krankheit wirklich arbeitslos war. In der Vorauftakt, dass der Berliner Magistrat und diejenigen, die dessen unzähligen Bürgern verteidigen, allerhand Einwände gegen die Ergebnisse der von den Arbeitern vorgenommenen Zählung machen würden, ist die Zählung schon so vorsichtig als möglich vorgenommen worden.

100 000 Arbeitslose! Zum großen Teil Familienzüchter, in einer einzigen Stadt ohne Arbeit, ohne Gewerbe, ohne Mittel zur Existenz! Wieviel Kummer und Sorge, welch namenloses Elend bringt sich in dieser Zahl! Inmitten der glänzenden Hansestadt des Deutschen Reiches, in der Stadt der Paläste und rossriesigen Gebäude, in der Stadt der Millionen und der tausenden Feste!

Und nicht anders ist es in den andern Städten des Deutschen Reiches, dieselben Reiches, dass nach den Ruhes streben der Stadtmänner überall an „Nationalwohlstand“ gewaltig macht, dessen besitzende Klassen jährlich ihre Vermögen um Milliarden vermehren.

Welch furiose Anklage gegen die bestehende Gesellschaftsordnung und ihre politischen Organe, gegen Staat und Gemeinden, liegt in den Riesenziffern der Arbeitslosigkeit! Man stellt sich eine Bevölkerung von mehreren Hunderttausend Menschen vor, die, durch eine Elementarkatastrophe vom Werkleben abgeschnitten, gar nicht oder nur vollständig unzureichend mit Proviant versiehen werden kann — welche Eregung menschlichen Mitgefühls würde sich der ganzen Welt bemächtigen, welche Anstrengungen würden in allen Kreisen der Gesellschaft gemacht werden, um die geforderten Menschenleben zu retten. Die Gleichgültigkeit, mit der die bürgerliche Gesellschaft den Massenopfern gegenübersteht, die von den wirtschaftlichen Katastrophen unserer Zeit gefordert werden, ist wahrhaft entsetzend.

Allerdings, wenn Bankhäuser zusammenbrechen, wenn eine wilde Panik die Börsen bewegt, wenn falsche geglaubte Kapitalien sich über Nacht zu wertlosen Papieren verwandeln und einindische Spekulanten eine Angst in den Kopf jagen, dann erwacht in den besseren Gesellschaftsschichten zugleich mit dem bösen Gewissen die missführende Seele. Wenn aber das Industriekapital zu Produktionsbeschränkungen übergeht, durch die Kaufleute, Kaufleute, Kaufleute auf die Straße gelegt werden, ohne dass irgend jemand danach fragt, woher sie kommen für sich und ihre Kinder das Brot hernehmen sollen, dann reicht das Missgefühl der „besseren Stände“, denen solches glücklicherweise ja nicht passieren kann, nicht über eine konventionelle Grimasse hinaus; ein erster Wille, bessernd die Hand anzulegen, ist aber in den herrschenden Kreisen nirgends vorhanden.

Der Versuch der bürgerlichen Kritik, von dem Ergebnis der Zählung so viel wie möglich abzuschrecken, hätte noch einen Sinn, wenn es sich ihr darum handeln würde, die genaue Ziffer jener Arbeitslosen festzustellen, zu deren physischer und sozialer Lebenrettung nun etwas Gründliches geschehen soll. Davon ist aber einstweilen gar nicht die Rede. Ganz hat die Berliner gewisse Kommission zur Errichtung einer Arbeitslosenversicherung in ihrer letzten Sitzung beschlossen, 300 000 M. zur Unterstützung der Obdachlosen flüssig zu machen und den Arbeitslosen eine Unterstützung von 1 M. täglich auszuzahlen, doch bedarf dieser Beschluss zunächst der Genehmigung durch Magistrat und Stadtverordnete, und darüber ist noch recht unklar, wie die Behörden in ihrer bekannten Schwierigkeit und mit ihrer Neigung, Arbeitslosenfragen als Klemmangelegenheit zu behandeln, der ihnen gestellten Aufgabe gerecht werden sollen.

Den Gewerkschaften ist es zu danken, wenn das Arbeitslosenproblem immer wieder in seiner durchdringenden Bedeutung gewürdigt und den herrschenden Mächten vor Augen geführt wird. Seit vielen Jahren bemühen sich die Gewerkschaften, dieß schwere, heile Arbeit, das aus der Systemlosigkeit der kapitalistischen Gütererzeugung entsteht, zu bekämpfen, soweit es in ihrer Kraft liegt, und die öffentlichen Körperschaften zu ihrer Pflicht zu rufen. Nur wenn die Arbeitslosen selbst immer wieder die Daseinsfähigkeit auf die Ressstände gewisserlich hinweist, nur dann wird man hoffen können, dass endlich einmal, wenn auch noch nicht entscheidend, aber doch bis zu einem gewissen Grade wirkliche Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen werden. Endlich werden von dieser durchdringenden Gewerkschaft die Gesellschaft nur, indem sie sich von der kapitalistischen Regellosigkeit und Ausbeutung trennt, indem sie Produktion und Bedarf in festigen Ausgleich legt, indem sie den Massen die Möglichkeit gibt, die durch die Arbeit erzeugten Güter auch wirklich ihrem Verbrauch zuzuteilen.

Die Eröffnung des englischen Parlaments.

Die Thronrede.

London, 16. Februar. Das Parlament wurde heute mit einer Thronrede eröffnet, in der an erster Stelle der Besuch Edwards VII. in Berlin besprochen und die Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Deutschland betont wird. Die Thronrede behandelt dann Fragen der auswärtigen Politik. Die Lage in Persien bildet noch wie vor einem Grund zur Besorgnis. Die Regierung wünscht nicht, von dem Prinzip der Neutralität abzuweichen, um die inneren Angelegenheiten des Landes abzugehen, und sei zugleich der Ansicht, dass die dortige Lage gebürtig die Einführung von repräsentativen Einrichtungen fordere, um die Verwirklichung der unumgänglichen wirtschaftlichen

finanziellen und administrativen Reformen zu sichern und das Land zu beruhigen, da die derzeitigen Kurzzeiten jahrelange kommerzielle und ökonomische Interessen Großbritanniens und Auslands in Verlegen gescheitert sind, vorüber kurzzeit ein Neinungsauftauch zwischen beiden Regierungen stattfindet. Der König freut sich, ausdrücken zu können, dass die Aussichten auf eine Lösung der Schwierigkeiten auf dem Balkan sich gebessert hätten, und hofft aufs erreichte, dass eine allgemein erzielte Lösung erreicht werde. Die Sitzungskonferenz, die jetzt in London liegt, wird bald zu einer Verhandlung gelangen. Große Begeisterung habe ihm die Aufnahme von Maßnahmen zur Verbesserung der industriellen Verwaltung bereitet. Die Thronrede geht dann auf die Vorbereitungen zu einem engeren Zusammenschluss der südostasiatischen Kolonien und auf die Konferenz in Kapstadt, die den ersten Schritt hierzu bedeutet.

Zum Schluss hofft es: Anfolge der niedrigeren Ursachen, unter denen die Altersversicherung und die notwendig gewordene Erhöhung der Aufwendungen für die Flotte zu nennen sind, werden die Ausgaben dieses Jahres diejenigen des letzten Jahres erheblich überschreiten. Die Weisung der für den Staatsdienst erforderlichen Mittel wird deshalb die ernsthafte Erhöhung nötig machen. Es ist insgesamt zu fürchten, dass für die äußerstige Geschäftsgabe weniger Zeit verfügbar sein wird. Die Thronrede kündigt die Wiedereinführung des irischen Landbills an, beschäftigt sich weiterhin mit der Frage der Arbeitslosen, die die fortgährende Bedeutung der Regierung finde, und stellt eine Vorlage über eine bessere Organisation des Arbeitsmarktes durch ein System des staatlichen gleichwertigen Arbeit in Aussicht, womit andere Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit würden verbunden werden können. Ferner kündigt die Thronrede eine Vorlage über die Einrichtung von Handelsämtern für gewisse Industriezweige an, in denen vorausgewiesene Hungerlöhne gearbeitet werden.

Die Abrechnung im Unterhaus.

London, 16. Februar. In der Abrechnung sagte Rogers (lib.): Der Ton der Thronrede, seitlich sie von den internationalen Angelegenheiten handle, sei erfüllt von Frieden und guten Willen. Er las dann auf den Besuch in Berlin zu sprechen und erklärte, er werde daher wünschen, jedes Abkommen und jede solche Auffassung der gegenseitigen Beziehungen, die auf dieser und jener Seite der Nachbarn haben möchten, zu befehligen. Er sei überzeugt, dass die überwiegende Mehrheit der beiden Nationen ein aufrichtiges Verständnis und gegenseitiges gutes Einvernehmen aufweise.

Premierminister Asquith führte aus: Hinsichtlich der Entwicklung der Dinge im nahen Osten haben wir uns sicherlich getan, um eine friedliche Lösung der Schwierigkeiten zu suchen, die sich ergeben haben, und wir werden in Zukunft das gleiche tun. Wir hoffen, dass Amiel-Balch's Radikal-Partei Politik forcieren wird. Die Übereinstimmung über das Prinzip einer Einigung zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn und der Türkei und Bulgarien, hat die Friedensausstiftung wesentlich gefördert. Wegen der inneren Angelegenheiten der Türkei drohte Asquith den Menschen aus, dass die Türkei durch die Reform der Verwaltung so gestärkt werde, dass sie in Zukunft auf der Grundlage der Freiheit und Unabhängigkeit sich zu entfalten vermag. England werde jederzeit bereit sein, der Türkei bei der Verwaltungsreform Hilfe angedeihen zu lassen.

Die politische Lage in Persien ist außerordentlich unfriedigend. Es ist keine Ansicht auf Verbesserung vorhanden, die nicht der Schah die dem Volke gemachten Versprechungen erfüllt, was die britische Regierung im Verein mit Russland dem Schah mehr als einmal angeraten hat. Großbritannien wird in keiner Weise an einer Anteile über einen irgendwie anderen Form der Unterwerfung des Schahs teilnehmen, solange er an seiner gegenwärtigen unbehobenen Politik festhält. Die Regierung ist froh, dass Russlands Ansichten über die Lage mit den eigenen übereinstimmen. Zum Schluss erklärte der Premierminister, die Befragung müsse den Hauptgegenstand der Beratungen dieser Session bilden.

Die englischen Gerichte gegen die Arbeiterpartei.

Von unserem Korrespondenten.

J. S. London, 12. Februar.

Die englischen Gerichte scheinen es direkt darauf abgesehen zu haben, die Arbeiterpartei zu vernichten. Es geschah im November des vorigen Jahres, dass das Appellationsgericht in Sachen der Eisenbahnergewerkschaft die Entscheidung fallte, es sei ungesehlich, den Mitgliedern der Gewerkschaft obligatorische Beiträge zum Zwecke der parlamentarischen Vertretung der Gewerkschaft aufzuerlegen. Die Eisenbahnergewerkschaft ergab sich natürlich nicht sofort diesem Urteil, sondern meldete bei der höchsten richterlichen Instanz des Reiches, nämlich dem Oberhof, Berufung an. Das Oberhaus hat die Angelegenheit noch nicht verhandelt, und so befindet sich die Frage vorläufig in Schwebe.

Bei dem heutigen gerichtlichen Stande der Angelegenheit erfreut sich das Urteil zunächst nur auf die ursprünglich betroffene Eisenbahnergemeinschaft; andere Gewerkschaften können die parlamentarischen Beiträge bis auf Weiteres einfassen. Es sei denn, dass ein oder mehrere Mitglieder jeder einzelnen Gewerkschaft eine Inkurrektion, d. h. ein spezielles gerichtliches Verbot erlangen. Nun haben sich in der Tat in mehreren Gewerkschaften einzelne Mitglieder gefunden, welche den ungewissen juristischen Stand der Frage dazu benutzt haben, um wegen der Einfassung der Beiträge zum Wahlkreis zu laufen. Das Gericht hat diesen Klagen bisher in jedem Falle stattgegeben und dahin entschieden, dass die Einfassung der parlamentarischen Beiträge durch die betreffenden Gewerkschaften so lange als gesetzlich verboten zu betrachten ist, bis das Oberhaus das Urteil des Appellationsgerichts nicht umstößt! Auch jetzt ist wieder eine solche Entscheidung gefordert worden. Es handelt sich um die Gewerkschaft der Londoner Schriftsteller, und irgend ein oftstes Mitglied derselben führte die Klage. Das Gericht entschied auch hier gegen die Gewerkschaft, obwohl der Vertreter derselben selbst erklärte, dass die Zahlung der Beiträge in dieser Gewerkschaft gar nicht obligatorisch sei, sondern dass es dem freien Erwerb jedes einzelnen Mitgliedes überlassen sei, ob es dieselben leisten wolle oder nicht. Das Gericht akzeptierte diese Argumentation nicht, sondern verbot die weitere Entgegnahme der parlamentarischen Beiträge.

Es wäre eine gefährliche Selbstläuferung von Seiten der Arbeiterschaft, über die ganze Angelegenheit etwa als eine nicht allzu wichtige Sache hinwegzusehen. Es scheint uns vielmehr, dass wir es hier mit einer überaus ernsten Sache zu tun haben, welche die verdünnungsvollen Folgen für die Arbeiterpartei haben kann. Die Kraft der englischen Arbeiterpartei würde gegenwärtig nicht in der politischen Einheit und dem Klassenbewusstsein der Massen ihrer Mitglieder, sondern in der Tattheit, dass sie die direkte und legitime Vertreterin der naheliegenden und unmittelbaren politischen Interessen des gesamten gewerkschaftlich organisierten Proletariats ist. Wenn die jeweilige Gerichtsentscheidung endgültige Rechte-

wirksamkeit erhält, dann wird es unmöglich zu verhindern sein, dass die Einziehung der Beiträge einer Gewerkschaft nach den anderen unterlaufen wird. Ohne regelmäßige Beiträge kann aber die Arbeiterpartei unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht bestehen, wenn sie die Vertretung der Arbeiterinteressen im Parlament nicht einigen reichen Leuten, sondern vielleicht Arbeitervertretern anvertrauen will.

Allerdings bilden sich selbst die verbündeltesten Parteien nicht ein, doch man auf diese Weise die ganze politische Arbeiterbewegung in England einfach auseinander machen könnte. Kann doch die politische Bewegung auch in Deutschland, Frankreich und manchen anderen Ländern ohne die direkte Pauschal-Beitragsleistung der Gewerkschaften ganz gut bestehen, und so würde man zweifellos auch in England eine parlamentarische Arbeitervertretung auf Grundlage freiwilliger Mitgliedschaft und Geldbeiträge aufrecht erhalten können. Allein eine so aufgebauten politische Bewegung würde einen ganz anderen Charakter haben als die englische Arbeiterpartei von heute. Wahrscheinlich würde eine soche Bewegung losenwütiger, energetischer sein und sich offen zum Sozialismus bekennen. Aber dies könnte nur erzielt werden um den Preis, dass die aufrechtliegenden und indifferenten Elemente der englischen Arbeiterschaft, welche in die unabhängige politische Bewegung hineingezogenen der Arbeiterpartei gelungen war, wieder in Tatenlosigkeit zurückfallen und auf viele Jahre hinaus unter den Einfluss der liberalen und konservativen Partei kommen würden. Eine auf solchen Grundlagen ruhende englische sozialistische Partei würde wahrscheinlich für absehbare Zeiten eine hoffnungslose Minorität im englischen Parlamente sein, und was ebenfalls mit großer Gefahr verbunden wäre, sie würde von berufsmäßigen Politikern aus der Mittelklasse überwältigt werden. Das politische Erwachen der englischen Arbeiterschaften würde wahrscheinlich verzögert werden.

Die Arbeiterpartei wird selbstverständlich einen erbitterten Kampf führen gegen die gerichtliche Vernichtung der Arbeit vieler Jahre. Vorläufig bleibt kaum etwas anderes übrig, als die endgültige Entscheidung der Lords rückgängig zu machen. Es ist möglich, dass die Lords das Urteil des Appellationsgerichts umstossen und so das Selbstverpflichtungsrecht der Gewerkschaften wieder herstellen werden. Das Lords würden ohne Zweifel selbst vom Standpunkt der kapitalistischen Parteien weit handeln, wenn sie das täten, denn nur so können sie das politische Leben Englands vor schwere Krisen schützen. Sie werden die Arbeiterschaften und die friedliche Fortentwicklung der Arbeiterbewegung ermöglichen. Es ist aber leider wahrscheinlich, dass die Lords, von ihren Klassenvorurteilen gelebt, nur zu bereit sein werden, einen solchen Schlag gegen die verhaftete Arbeiterbewegung zu richten. In diesem Falle wird die Arbeiterpartei für die Abhängigkeit des Gesetzes kämpfen und sie wird nicht zuhören, ehe sie die Selbstverantwortungsfreiheit der Gewerkschaften erlangt haben wird. Wenn die Regierung vernünftig sein wird, wird sie dem nicht im Wege stehen. Wird sie aber bereit sein, den Druck der Reaktionäre nachzugeben, dann nahm gewitterschwere Tage am politischen Horizonte Englands.

Deutsches Reich.

Reichsreisenbahnamt.

Der Reichstag beschäftigte sich in einer urprosaischen Sitzung mit dem Statut des gänzlich unechten und einflusslosen Reichsreisenbahnamts. Herr Schulz, der weisbare Präsident dieses Amtes, bat vom Schriftsteller wenig an sich, ist aber gegenüber den preußischen und sonstigen Breitbands zur vollen Bedeutungslösung verdonnt. Das Reichsreisenbahnamt ist keine wirkliche Nebenverwaltungskapital, als welche sie in den 70er Jahren gedacht wurde, sondern eine harmlose bequemste Stelle. Hätte es etwas wie Macht und Einfluss, so wäre ihm Gelegenheit genug geboten, allerhand Gutes zu stiften. Denn das Eisenbahnwesen liegt unter der Kontrolle der einzelstaatlichen Klassenvertretungen sehr im argen. Zur Bedeutung speziell der preußischen Sozial- und Verkehrs-politik im Eisenbahnamt könnten die Genossen Sachse und Stolle geradezu erfreuliches Material beibringen. Die lebenswürdige Bundesfreiheit des preußischen Eisenbahnpartikularismus gegenüber Hessen wurde von den Genossen Ulrich und Dr. David gebührend gekennzeichnet, was den hessischen Ministerpräsidenten Henk zu Herrnhem in einer komischen Enttäuschung stürzte. Auch bürgerliche Abgeordnete, wie der Schwabe Störz und der Bayer Pichler, wünschten vom Bruder Preußen allerlei Liebliches zu berichten, leideten aber leider ihre Ausführungen ab, indem sie untereinander eine freundlich-nachbarliche Kavaliercerie aufführten. Die Zunft der Rechten eisten dem preußischen Eisenbahnamt eifrig zu Hilfe.

Der Kampf um den Bergarbeiterhof.

Am Dienstag hat das Preußische Abgeordnetenhaus mit der Beratung der Novelle zum Bergarbeiterhof begonnen. Dass eine Vorlage, die das Ministerium Bildet, und zweitens der Minister Elbaur, den erlauchten, edlen und doch geckten Herren der beiden Häuser des Landtags der preußischen Monarchie macht, keinen Überfluss an Arbeiterfreundlichkeit aufzuweisen werde, stand von vornherein fest. Wer etwa noch das nulde Glaubensmöchte, dass es sich hier wirklich um einen Fortschritt handelt, wird durch die Zustimmung, die die Vorlage im allgemeinen bei den geschworenen Abgeordneten von den Rechten und der national-liberalen Partei fand, eines anderen belehrt werden. Ganz vorbehaltlos ist freilich, wenigstens bei den Konservativen und Freikonservativen, diese Zustimmung nicht. Speziell die Konservativen, die einen Redner leichter Garnitur nennen, beschwerten, dass die Abgeordneten aus dem Gelehr anzuvermuten seien, was noch allenfalls nach Verbesserung schmieden könnte. Der freikonservative Redner, ein gewisser Landrat v. Woyna, betrachtet als eine viel wichtige Aufgabe denn die Schaffung eines Bergarbeiterhofes die Bildung großer Kohlenreserven leitens des Staates, um jeden Bergarbeiterstreit im Keim zu ersticken. Also organisierte Staatsstreitkampf! Auch die Nationalliberalen, für die der alte Friedberg sprach, wollen von einem Reichsbergarbeiterhof nichts wissen. Beflentlich behauptet die national-liberalen Fraktion des Reichstags, für ein Reichsbergarbeiterhof zu sein. So wird immer aus neuer Worte aus dem Blockalster geprägten Grafen Bodenwöhr bestätigt, dass dieselben Parteien im Dreiklassenhaus anders auslegen als im Reichstag.

In einer vorstehenden und eingehenden Rebe, in strenger Sachlichkeit, übte Genosse Leinert einschneidende Kritik an der Vorlage. Unter Berufung auf einen unverdächtigen Zeugen, den christlichen Arbeitührer Effertz, wies unter Fraktionssitzung auf den Entwurfstext hin, den diese neue gelegteberliche Wilschke in der ganzen Bergarbeiterheit ohne Unterschied der religiösen und politischen Zürzung hervorgerufen hat.

Bon den bürgerlichen Freibauern, die außer den oben erwähnten zu Wortkamen, sprach der Zentrumsmann Jambschikow, wenn es auch nicht auf konservativ-nationalistisches Rüttelchen kommt. Weit besser waren die Ausführungen des Freiherrn von Erlanger, die sich entschieden über den bloßfreistiligen Durchschnitt erhoben. Herr Erlanger charakterisierte ziemlich höchst die würdige Objektivität hin, die den legenden Bergarbeiter, so langsam zu einer so bedeutungsvollen Kündgebung gehoben hat. Was der Minister gegen die Bergarbeiter, Delbrück, betrifft, so behauptet er, seit seinem Amtsantritt etwas hinzugebracht hat. Das mag sein, doch die kleinste Addition zu über Russ ergibt. Im übrigen charakterisierte er selbst in einem allgemeinen Sinne die preußische Regierung als „sie ist unabhängig von niemand“ und man braucht nur hinzuzufügen: unter den herrschenden Klassen, führerin des vereinten Schloss- und Krautjägervereins.

Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt. An den Ergebnissen des ersten Tages aber können die weiteren Tage nicht ändern. Und das Ergebnis heißt: nur ein Reichsbergarbeiterhof kann Abhilfe schaffen; alle Versuche landesgesetzlicher Regelung führen vornehmlich mit Erfolglosigkeit geschlagen.

Die Lohnzahlungsbücher.

* Die Kommission zur Verarbeitung der Gewerkschaftsordnungsvorlage verhandelte am Dienstag über einen Antrag unserer Genossen zu § 184, der bezweckt, dass bei rechtswidriger Auflösung des Arbeitsvertrages durch Arbeitnehmer nicht das Recht hat, einen durchschnittlichen Wochenlohn zu erhalten; nur entsprechend dem Lohnzahlungsbuch gelte das. Zur Abschaffung für Arbeitnehmer gestattet sein, der über 1500 R. Jahresverdienst haben. — Der Antrag wird gegen die Stimmen unserer Parteigenossen und der Mitglieder der politischen Fraktion abgelehnt.

Ein Antrag des Zentrums will entgegen der Regierungsvorlage die Beibehaltung des Lohnzahlungsbuches aufgrund eines Lohnzettels für Minderjährige. Die Regierung will die Aufhebung des Lohnzahlungsbuches, weil die praktische Durchführung die bedenkliche Wirkung nicht gezeigt hat. Dieser Standpunkt wird auch von den Abgeordneten Göthein (frei. Verein), Merkel (nati.) u. a. vertreten. Vom Genossen Nolensbach wird gleichfalls die Aufhebung des Lohnzahlungsbuches empfohlen. Das Lohnzahlungsbuch passt nicht mehr in unsere Verhältnisse, denn der junge Mensch verlangt, sobald er als Arbeitnehmer tätig ist, Selbstständigkeit. Giesberts (Zentr.) macht der Regierung den Vorwurf, dass sie mit der Beibehaltung des Lohnzahlungsbuches ihre Absicht der Jugendfürsorge nicht entspreche. Es müsse die Eltern die Kontrolle über den Verdienst des Kindes möglic sein, um die Jugend vor Missbrauchungen zu beschützen. Dr. Enders (frei.) beantragt, dass den Eltern auf Verlangen Rückzug über den Verdienst ihrer Kinder gegeben wird. Vom Göthein (frei.) empfiehlt, dass im § 115 eine Bestimmung eingefügt wird, die soz. das „allgemeine Recht“ über den Lohn eine förmliche Abrechnung gegeben wird. Für diesen Antrag traten auch mehrere Parteigenossen ein. Die Abstimmung über die Anträge wird aufgezählt.

Die Sitzung der Geschäftsbildungs-Kommission vom 18. Februar verließ zufrieden. Nachdem die von der Rehabilitationskommission zusammengestellten Resultate der ersten Beratung genehmigt worden, verzog sich die Mehrheit der Kommission, in die gleichzeitig eingetretenen, angeblich, weil die Druckfahnen zu leicht zur Verwirrung gelangten, so dass eine Rückfrage der Kommissionssitzung mit ihren Funktionen nicht hätte stattfinden können. — Die Kommission verzog sich bis zum Freitag den 28. Februar.

Beratung der Schiffahrtsabgaben.

Der Entwurf über die Schaffung von Schiffahrtsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen, der nun dem Bundestag zugewiesen ist, will nicht nur, wie der L. A. hört, im Wege der Reichsregierung eine Auslegung des Artikels 54 der Reichsverfassung in Einklang mit der Gültigkeit einer solchen Abgabenbedingung herstellen, sondern will auch die gesetzliche Grundlage schaffen, die in den einzelnen Stromgebieten zu errichten sind. In den kleinen, in denen die Schiffahrtsinteressen zusammengefasst werden sollen, für die Bildung von Stromverbassen, in die die Abgaben abgeführt werden sollen, um weiter für Schiffahrtsrechte zu werben, und für andere ähnliche Einrichtungen. Allen diesen Organisationen wird das Recht der Selbstverwaltung verliehen. Der Entwurf soll möglichst noch in dieser Sitzung an den Reichstag gebracht werden.

Bingen-Alzen.

Bingen, 10. Februar. Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Bingen-Alzen wurden nach den bis 11 Uhr nach vorliegenden Ergebnissen abgegeben: Für Roten (frei.) 8200, für Zentrum 5800, für Beder (nati.) 5100, Abteilung (Soz.) 1200 Stimmen. Die Resultate aus einigen kleinen Ortschaften fehlen noch aus, so dass die Abstimmung nicht mehr abweichen kann.

In der Hauptwahl von 1907 erhielten der Bund der Linken 6086, die freisinnige Volkspartei 6235, das Zentrum 6280 und die Sozialdemokratie 1919 Stimmen. In der Stichwahl unterteilt der freisinnige Volkspartei mit 9031 Stimmen den Landkreis. In der 11841 Stimmen auf seinen Kandidaten Keller vereinigte. In der heutigen Stichwahl, bei der der national-liberalen Konservativen nicht mehr in die Wahlkampagne eingetaucht ist, wird wohl möglichst noch in dieser Sitzung an den Reichstag gebracht werden.

Marine-Justiz.

Der Matrose Wohmann vom „Hoh.“ hatte sich vor der Marinekriegsgerichte zu Danzig wegen Nichtauslieferung, Beleidigung und fälschlichen Angriffs auf einen Vorzeigetafel zu bestimmen. Wohmann wurde aus der Untersuchungshaft befreit. Als Beleidigungsgegebe trat der „beleidigte und lästige“ Vorgesetzte „der Schiffsarzt Buchholz“ auf. Nach seiner Aussage hätten Wohmann und seine Kameraden leicht „Südchen“ mit solchem Wahn gefeiert, dass der Matze sich genötigt habe, Wohmann gegen den Vorza gebraucht und ihm schließlich mit der Faust einen Stoß vor die Brust versetzt haben.

Nach anderen Zeugen hat sich der Vorfall wesentlich anders abgespielt. Buchholz habe Wohmann befohlen, ihm auf einer Promenade etwas vorzuspielen. Das habe Wohmann angelebt, weil die Harmonie nicht sein Element sei. Nach einem Vorzeigetafel habe Wohmann zu seinen Kameraden gesagt. Der Matze habe nicht bestimmt und beschimpfte den Matrosen: „Sie sind ein Lump in meinen Augen!“ Der direkte Vorgesetzte des Buchholz, der Oberleutnant Woll, über die Glaubwürdigkeit des Matrosen bestimmt, erklärte, dass er den Buchholz nicht für verantwortlich halte. Er sei der Meinung, dass Buchholz die Zeuge nicht richtig ansieht. — Buchholz ist bestimmt wegen Beleidigung eines Mannes disziplinarisch vorbestraft.

Auf die Aussage des Matrosen hin, trotz der Wider- sprüche den ehrlichen Aussagen mehrerer Zeugen und trotz der Anzeigung der Glaubwürdigkeit des Matrosen durch dessen Vorgesetzten verurteilte das Gericht den Matrosen Leibmann zu 3 Jahren Gefängnis!

Die Königsberger Polizei. Am Sonntag fanden im Saale lokale in Königsberg zwei überfüllte Versammlungen statt, die sich

Sozialdemokratischer Verein für den 6. fächlichen Reichstagswahlkreis.

Büro-Ortsverein: Döbeln, Br.
Dresdner Kreisverband Nr. 1
Geschäf. Rm. 714

Sonntags: Abendpost von 8 bis
1 Uhr und 2 bis 3 Uhr. Dienstag
ab 7 Uhr abends.

Bezirk Deuben u. U.

Sonntags: abends 8½ Uhr. **Mitgliederversammlung** im kleinen Saal des Galions zum fächlichen Wahl. Tagesordnung: 1. Verteilfragen. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Allgemeines.

Im Interesse der wichtigen Tagesordnung werden die Geöffneten erlaubt, jährlich zu erscheinen. Die Verwaltung.

Bezirk Gittersee-Coschütz

Sonntags: abends 9 Uhr. **Mitgliederversammlung** im Rappenthal-Gebäude. Tagesordnung: 1. Zweiter Antrittsbericht des Genossen Kühmanns. Das Christentum und seine Geschichte. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Allgemeines.

Jährliches Urteil erwartet. Der Vorstand.

8. Reichstagswahlkr.

Sonntag den 21. Februar 1909, nachmittags 3 Uhr
im Volkshaus zu Wien

Gemeindevertreterkonferenz

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Verteilerrichter Kühmann über: Gemeindevertrag und Sozialdemokratie.
2. Beratung des Gemeindewahlprogramms.
Es ist Pflicht eines jeden sozialdemokratischen Gemeindevertreters, in dieser Konferenz zu erscheinen.

Der Obmann. J. W. E. Lauterbach.

Unser Schuhwaren-

Inventur - Räumungs - Verkauf
beginnt Freitag den 19. Februar

und bietet derartige Vorteile, dass niemand versäumen sollte, seinen Bedarf zu decken.

Schuhwarenhaus „Freischütz“

Dresden-Löbtau, Kesselsdorfer Straße 68.

2 englische Hochbaute-Bettdecken mit Matratzen kostbar bei Liebig, Görlitz, Königsbergstr. 23

10 Gr. Brüdergasse 10, 2.

3 Extra-Verkaufs-Tage

Donnerstag den 18. Februar
Freitag den 19. Februar
Sonntags: abends 8 Uhr
Außerordentliche Generalversammlung
in der Buschmühle zu Schmiedeberg.

Naturheil-Verein für Schmiedeberg u. U.

Sonntags: abends 8 Uhr
außerordentliche Generalversammlung:

1. Statutenberatung.
2. Vereinsangelegenheiten.
Das Erheben all Mitglieder in Frist. — Der Vorstand.

Zirka 1500 Meter

von schwarz. Kleidersstoffen

Da. Dual, verwendbar f. Kleider und Röcke, kostbar.

Reste für Kinderkleider von 5 M. an.

8000 Mtr. Fabrik-Reste

von farbigen Kleidersstoffen und blauen Cheviots

verwendbar für Roben, Kleider, Röcke, Tücher, und Schultücher zu enorm billigen Preisen.

4500 Meter Blusen-Reste!

Bruchviele Muster, auch j. Mädchenkleider verwendbar, Rest von 2 M. an.

1 Posten Damenwäsche

bestehend aus Damenhosen und

Seinfledern, kostbar.

1 Posten Unter- und Hosentrücks

zur Hälfte des Wertes.

3000 Schürzen

für Damen und Kinder, kostbar.

Herrn empfehlt: 1 Posten Bettzeugreste, Betttücher, Handtücher, Toilettentücher, Reste von Hemden und Hemdenbündchen zu noch nie dagewesenen Preisen.

1 Fabrik-Lager

Gardinen-Reste

weiß und creme, passend zu 1 bis 6 Fenstern, abgewählte Gardinen, Stores und Vorhänge zu enorm billigen Preisen.

Bei Einfäulen von 6 M. an

10 Proz. Rabatt extra.

Fabriktag, Kreis-Großherren Kleidersstoffe

10, I Serestrasse 10, I.

2 englische Hochbaute-Bettdecken mit Matratzen kostbar bei Liebig, Görlitz, Königsbergstr. 23

10 Gr. Brüdergasse 10, 2.

Meissner Dombau-Geld - Lotterie.

Ziehung: 4. bis 9. März.

10033 Gold-Gewinne u. 1 Prämie zahlbar ohne Ablauf, im Betrage von Mark

192500

Im glücklichsten Falle ist der grösste Gewinn Mark

75000

Prämie und Hauptgewinne:

50000

25000

10000

5000

gew. gew.

Lose à 3 Mk. (Perls und Liste nach Auswahl 30 Pf. mehr)

versendet das General-Débit:

Alexander Hessel

Königl. Sächs. Lotterie-Kollektion

Dresden, Weissegasse 1.

Verkaufsstellen überall durch Plakate kenntlich.

Postkarten

mit eigener Photographie

4 Gr. 1 Mk. 1.80 M.

Kabinett-Photographien

Augen von 3 M. an.

Richard Jänig

Marienstraße 12.

Günstige Kaufgelegenheit

in g. herren. get. wie z. neuen S-

und D.-Kleidern, Schuhen, Federn,

bedeckten, Kinderläden &c. a. Verleihen.

10 Gr. Brüdergasse 10, 2.

Rest. Bergschlösschen, Klettenberg

Sonntags den 21. Februar findet unter diesjähriger

Abendessen

statt, wozu freundlich einladen

Bruno Schröder, Arno

(Waldbach), Etagen Alm

Saal mit Theaterbühne

Sep. Vereinszimmer

Prießnitzbad

(Waldbach), Etagen Alm

Saal mit Theaterbühne

Sep. Vereinszimmer

Radeberg! Kino-Metropol-Theater

Programm vom 17. bis 23. Februar:

1. April (heutige Naturfotogalerie).

2. Reienteuer (Komödie).

3. Die Perle (Drama).

4. Widersprüchliche Regenfahrt (Komödie).

5. Ein Kind im Herzen (Drama).

6. Ein Kind im Herzen (Drama).

7. Ein Kind im Herzen (Drama).

8. Ein Kind im Herzen (Drama).

9. Ein Kind im Herzen (Drama).

10. Ein Kind im Herzen (Drama).

11. Ein Kind im Herzen (Drama).

12. Ein Kind im Herzen (Drama).

13. Ein Kind im Herzen (Drama).

14. Ein Kind im Herzen (Drama).

15. Ein Kind im Herzen (Drama).

16. Ein Kind im Herzen (Drama).

17. Ein Kind im Herzen (Drama).

18. Ein Kind im Herzen (Drama).

19. Ein Kind im Herzen (Drama).

20. Ein Kind im Herzen (Drama).

21. Ein Kind im Herzen (Drama).

22. Ein Kind im Herzen (Drama).

23. Ein Kind im Herzen (Drama).

24. Ein Kind im Herzen (Drama).

25. Ein Kind im Herzen (Drama).

26. Ein Kind im Herzen (Drama).

27. Ein Kind im Herzen (Drama).

28. Ein Kind im Herzen (Drama).

29. Ein Kind im Herzen (Drama).

30. Ein Kind im Herzen (Drama).

31. Ein Kind im Herzen (Drama).

32. Ein Kind im Herzen (Drama).

33. Ein Kind im Herzen (Drama).

34. Ein Kind im Herzen (Drama).

35. Ein Kind im Herzen (Drama).

36. Ein Kind im Herzen (Drama).

37. Ein Kind im Herzen (Drama).

38. Ein Kind im Herzen (Drama).

39. Ein Kind im Herzen (Drama).

40. Ein Kind im Herzen (Drama).

41. Ein Kind im Herzen (Drama).

42. Ein Kind im Herzen (Drama).

43. Ein Kind im Herzen (Drama).

44. Ein Kind im Herzen (Drama).

45. Ein Kind im Herzen (Drama).

46. Ein Kind im Herzen (Drama).

47. Ein Kind im Herzen (Drama).

48. Ein Kind im Herzen (Drama).

49. Ein Kind im Herzen (Drama).

50. Ein Kind im Herzen (Drama).

51. Ein Kind im Herzen (Drama).

52. Ein Kind im Herzen (Drama).

53. Ein Kind im Herzen (Drama).

54. Ein Kind im Herzen (Drama).

55. Ein Kind im Herzen (Drama).

56. Ein Kind im Herzen (Drama).

57. Ein Kind im Herzen (Drama).

58. Ein Kind im Herzen (Drama).

59. Ein Kind im Herzen (Drama).

60. Ein Kind im Herzen (Drama).

61. Ein Kind im Herzen (Drama).

62. Ein Kind im Herzen (Drama).

63. Ein Kind im Herzen (Drama).

64. Ein Kind im Herzen (Drama).

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 89.

Dresden, Mittwoch den 17. Februar 1909.

20 Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Landtagswahl-Rüstungen.

Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht eine Korrespondenz aus Dresden, die sich über die Wahlvorbereitungen im bürgerlichen Lager verbreitet. Wir lesen da unter anderem:

Wenn die Unfreiheit der politischen Nachwuchskräfte zulässt, daß „Stunde des Bürgertums“ ist, dann wird sie Jahren die Wirkung in sichen leichter gelöst. Auch in absehbarer Zukunft wird das nicht geschehen. Es ist zwar vom Ministerium und von anderen amtlichen Stellen mit mehr oder weniger Überzeugung die Hoffnung ausgesprochen, mit dem neuen Wahlrecht Ruhe im Lande werde, aber davon ist zu denken. Das neue Gesetz wird von der Mehrheit als eine ebenso große Unfreiheit empfunden wie das Dreiklassenwahlrecht, und kein Landtag wird vergeben, in dem nicht in irgend einer Form um ein liberaleres Wahlrecht geführt wird. Das ist namentlich dann der Fall, wenn die Werte in den Parteien durch die Neuwahlen eine erhebliche Veränderung erfahren, das selbstredend, hängt noch der Ungleichheit des neuen Wahlrechts doch auch wesentlich von dem Geschick und der Energie einzelner Parteien ab. Die nächsten Wahlen bringen zum ersten Mal seit Jahrzehnten eine Gleichverteilung der beiden Kammer. Es wird daher davon aus diesem Grunde ein sicherer Sieg in die Wahlbewegung kommen. Die Parteien müssen sich nun auf den bevorstehenden Kampf, in dem auch darüber zu entscheiden ist, ob die konservative Partei die lange Zeit von behauptete absolute Mehrheit in der Kammer bebt. . . . Dies ist innerlich gleichlos, hat ihre Organisation aufgebaut, bestrebt ist mit der Parteirente und in einschlüchtigen Hof und Beamtenkreis auch in ihrer heutigen geistigen Struktur einen stärkeren Rückhalt vor Jahren.

Die anderen Parteien können unbedingt damit rechnen, daß die liberalen alle ihre Verhältnisse bei den nächsten Wahlen ändern. Sie werden mit der größten Energie in den Wahlkampf gehen, um ihren Einfluss und alle ihre rote politische Erfahrung daran zu tragen, das neue Wahlrecht ihre alte Prinzipielle zu behaupten, bei der Abstimmung ihrer Kandidaten werden sie namentlich in älteren Kreisen Männer von einer gewissen Popularität ausspielen. Kandidaten der übrigen bürgerlichen Parteien kennen die liberalen nicht. An ihrem politischen Wagen schließt auch mit keiner roten Kraft der Bund der Landwirte und die Sächsische Mittelstandsbewegung. Die konservative Bewegung kann auf Hilfe von beiden Seiten unbedingt rechnen, während der Wahlrechtswille im Landtag eine Bellung gegen die Verhältnisse auf dem Mittelstande ist, längst wieder einem neuen Verhältnis gewichen. In allen wichtigen Parteifragen können sich die alten wichtigen Konservativen auf die Mittelstandsbewegung genau unbedingt verlassen wie auf den Bund der Landwirte. Trotz dieser Blütezeit lassen sie aber auch den Vorstell der Kommission mit den Nationalliberalen nicht aus den Augen. In ihnen steckt lagen, daß es, wenn auch schwerlich bei den Abgeordneten Höhne, Göbel und anderen in ihren städtischen Kreisen einen Kandidaten eingespielt, der es auf den Städten nicht, städtische Wahlen auf sich zu vereinen, so in allen Städten, in denen sie eine nennenswerte Stimmenzahl erreichen, werden die Nationalliberalen mit eigenen Kandidaten gehen. Sie haben den heikelsten Kampf vorzubereiten mit den sozialdemokratischen und vorwiegend industriellen Wählerkreisen zu führen. Doch auch die konservative Partei ist sie reden bestimmt darauf, auch unter dem neuen Wahlrecht wohl in Dresden wie auch in Leipzig einige Kandidaten durchzubringen.

Bon der Sozialdemokratie wird in dem Artikel geschrieben:

Sie wird aus dem neuen Wahlrecht soviel als möglich herausfordern. Eine Anzahl großstädtischer und industrieller Wahlkreise scheint sicher zu sein, sowohl eine Kenntnis der Verhältnisse dieser Kreise als auch die politische Erfahrung der Sozialdemokratie 18 bis 15 überzeugt darüber. Es können mehr, aber auch weniger sein. Die politische Stimmung ist ihr nicht ungünstig, aber Pläne des neuen Wahlrechts werden ihren Einfluss doch jämisch ausüben.

In dem Artikel wird in der Hauptfrage bestätigt, was wir von mehrheitlich angekündigt haben, daß das selbständige Vorgehen der Konservativen und Nationalliberalen in den meisten Landtagswahlkreisen nicht als eine taktische Schaltung ist, der von dem Interessierten bestimmt wird, sich bei den Stichwahlen gegenwärtig nach Kräften Hilfe zu leisten. So besteht auch die Konservativ-nationalliberale Koalition bei den kommenden Landtagswahlen, wenn auch in etwas anderer Form.

Mittelständler und Landtagswahlen.

Der Landesvorstand der sächsischen Mittelstandsbewegung stellt in Leipzig eine Sitzung ab, wo der Aktionsplan der Mittelständler für die Landtagswahlen entworfen wurde. Es wurde nach einem vom Mittelstandsbunde herausgegebenen Bericht zu dieser Frage ausgetragen, in welcher Weise die Vereinigung den Wahlkampf einzuziehen gedenkt. Einig war man darin, daß Hauptziel auch in Zukunft für die Mittelstandsbewegung die Vertretung der wirtschaftlichen und Standesinteressen der Mittelstandsgruppen bleiben müsse. Hierzu wurden folgende Leitsätze aufgestellt:

1. Die Mittelstandsbewegung beschränkt keinen Kandidaten in seiner rein politischen Überzeugung.
2. Die Mittelstandsbewegung betrachtet es aber als ihre Aufgabe, im Landtag eine wirtschaftliche Vereinigung zur Vertretung der Interessen aller Mittelstandsgruppen zu bilden.

Weiter heißt es in dem Bericht über jene Vorstandssitzung: Die wirtschaftliche Vereinigung soll auch dem fühlbaren Mangel an völlig ungenügender Vertretung der breiten Schichten der

nationalen städtischen Bevölkerung im Landtag abholzen. Mittler sind die für unsere gesamte Volkswirtschaft außerordentlich wichtigen Interessen des städtischen Bürgertums und des gewerblichen Mittelstandes von den großkapitalistisch geprägten Parteien und von der revolutionären Arbeiterbewegung in unerhörter Weise dadurch geschädigt worden, daß man sie ganz zu Unrecht als reaktionäre Forderungen in Verzug brachte. Die breiten Massen des Bürgertums, die an einer ruhigen und festigen Entwicklung ein Interesse haben, waren dadurch im Nachteil, daß sie sich bisher nur auf die Verteidigung und Abwehr beschränkt. Dadurch sind diese Schichten, die in dem Industrieland Sachsen die festesten Säulen des Staates bilden, zum Schaden der Allgemeinheit so ins Hintertreffen geraten, daß sie aus Selbstbehauptungsgründen zum Angriff gegen jene Elemente übergehen müssen, die ihnen Lust und Licht zum Leben streitig machen.

Schließlich wurde noch beschlossen, daß in allen Wahlkreisen Wahlausschüsse der Mittelstandsvereinigung gebildet und in Leipzig ein Central-Wahlausschuß eingesetzt werden soll, der auch bereit gewählt wurde.

Man er sieht darum, daß auch die Mittelständler die Rüstungen zur Landtagswahl mit Eifer betreiben. Der Mittelstandsbund ist nichts weiter als eine Schutztruppe der Konservativen. Die Herren Mittelständler mögen noch so viele schwere Worte machen, um ihre wirklichen Absichten zu verdeutlichen, darüber kann kein Zweifel bestehen, der Zweck der ganzen Mittelstandszapfe ist, die Künstler und andere Mittelstandsteile geschlossen in das konservative Lager zu führen. Die geplante wirtschaftliche Vereinigung ist offenbar nicht anders als ein Abzweig der konservativen Partei gedacht.

Der Verband sächsischer Industriellen

hielt am Dienstag seine 7. Hauptversammlung in Dresden ab. Der Geschäftsrat erläuterte den Syndicat Dr. Stresemann. Er vertritt sich über die Entwicklung des Verbandes und erwähnte, daß auch in diesem Jahre wiederum ein bedeutender Anstieg in der Mitgliederzahl zu verzeichnen gewesen sei, indem 316 Mitglieder neu beigetreten seien, das gegenwärtig der Verband 4500 Mitgliedsfirmen mit 500 000 Arbeitern umfasst und damit die überwiegende Mehrheit der sächsischen Industrievertreter vertrete. Seine männliche Wohlstand ist es deshalb, daß zu den nächsten Landtagswahlen auch Mitglieder des Verbandes der Industriellen als Kandidaten gewonnen und in das Parlament gewählt würden. Bei Einbringen von Initiativvorschlägen müßten sich außerdem sofort die einzelnen Verbände rüsten, und durch Eingaben mit praktischen Vorschlägen können sie können. Zur Frage der Begründung einer bestimmten Arbeitgeberpartei neben der Verband eine ablehnende Haltung ein. Dieser habe es auch unter den jungen Parteiverbündeten durchgelegt. Bei der Zahl der Abgeordneten aus den Industrie-, Handels- und Gewerbeverbänden sei seinem Willen eine geradezu bedeckende Steigerung erhoben habe, und glaube auch, in der Reichstagsabgeordneten eine größere Verdichtung der Industrievertreter durch fortgelebte Wahlnahme mit den Abgeordneten zu erreichen. Wenn nun auch eine Verfestigung der Wünste nicht in der Weise aufzugehen habe, so kann jedoch die Erwartung der Gewerbeordnungsnoische Verhältnisse durchgetragen werden, die eine praktische Verdichtung des praktischen Lebens darstellen und einer schamhaften Behandlung vorgebeugt hätten. Neben wendet sich auch mit aller Schärfe gegen das Heimarbeitsgesetz und will auf die schädigende Wirkung gegenüber der Industrie hin. Ferner berichtet er den parlamentarischen Arbeitnehmern und allgemein verschiedenartigen Institutionen einiger Amtshauptleute hierüber. Für die Industriellen sei dieser Arbeitsmarkt nachweislich nicht annehmbar.

Nachdem Dr. Stresemann auf diese Art die einzelne Interessenpolitik der Industriellen erläutert hatte, wurde in einer kurzen Debatte darüber gestagt, daß die Industrie durch Abgaben verschiedener Art zu stark belastet sei. Schließlich steht der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Baalke, dem man sich extra aus Berlin versetzen konnte, einen Vortrag über Industrie und Handelsfloss, model er die Entwicklung der deutschen Industrie eingehend behandelt.

Beimerkenswert ist, daß der Dresdner Stadtrat in der Person des Bürgermeisters Dr. Wal einen Vertreter entstellt hatte, der eine Industrie hat. Auf Arbeitertagungen war von einer solchen Vertretung bisher noch nichts zu bemerken.

Behördliche Arbeitslosenfürsorge.

Auf eine am 12. Februar an die Umtschaumannschaft Bittau eingetretene Eingabe des Verbliebener einer Arbeitslosenveranstaltung ist an den Vorsitzenden des Gewerkschaftsrats folgende Antwort eingegangen:

Bittau, am 12. Februar 1909.
Seine königl. Amtsaufsichtsratsauftrag auf die Eingabe vom 11./12. d. Monats verfügen kann, ist zu mißtun nötig, welche Art in Frage kommen, wieviel sich in jedem Orte Arbeitslosen befinden, wenn möglich, wie sie heißen und mit was sie sich zuletzt beschäftigt haben.

Es bleibt Ihnen überlassen, die übrigen Mitunterzeichner der Eingabe hieron in Kenntnis zu setzen und dasselbe bezüglich der königl. Amtsaufsichtsratsauftrag baldigst zu erledigen.

Königl. Amtsaufsichtsratsauftrag erläutert.

a. Sachsen.

Es ist die alte Geschichte. Wo Hilfe dringend nötig ist, werden erstmals umfangreiche Ergebisse eingefüllt, obwohl kein Zweifel darüber besteht, daß Arbeitslose in großer Zahl vorhanden sind.

Der französische Minister.

Zur Erklärung des Grafen Hohenlohe wird gemeldet: Im Gefunden des Patienten ist neuerdings eine Veränderung nicht eingetreten, doch ist der Krankheitszustand des Ministers an dauernd ernst. Der Eintritt der beabsichtigten Reise nach dem Süden ist für die nächste Zeit vollständig ausgeschlossen. Die Meldung von einer wesentlichen Verschlechterung in den letzten Tagen soll jedoch unbegründet sein.

Bürgerliche Landtagskandidaturen.

Für den 18. Februar, einen Wahlkreis (Augustusburg, Heidenau, Oberheide, Bischofswerda) ist von nationalliberaler Seite Seminar direktor Dr. Syrlitz-Bischofswerda als Kandidat in Aussicht genommen; bisher war dieser Kreis durch den nationalliberalen Abgeordneten Dreyer vertreten. Von der liberalen (freisinnigen) Vereinigung wird im 24. Landkreis (Dresden-Neustadt) Dr. Barge-Lipzig aufgestellt.

Annaberg. Nach einer Meldung aus Annaberg ist die Typhusepidemie hauptsächlich auf die unzweckmäßige und gesundheitsschädigende Bauart des dortigen Seminars zurückzuführen. Es sollte darüber in einer an das Leipziger Tagblatt gerichteten Bulleit: Nicht beruhigende Nachrichten laufen über die

hier herrschende Typhusepidemie um, die besonders für die Schüler und Lehrer im sogenannten alten Seminar (ein neues ist auch dort vorhanden) gefährlich ist. Das Gebäude dieses Seminars ist als Fabrik gebaut worden, und seine ganze Anlage entspricht nicht den hygienischen Vorschriften, die man an ein Schulgebäude stellt, das auch als Wohnstätte für eine größere Anzahl Schüler dient. Beide Seminaristen und der Lehrer sind am Typhus erkrankt, ein Oberlehrer ist verstorben, ein zweiter liegt im Chemnitzer Krankenhaus. Angesichts der durch die Epidemie hervorgerufenen Sehnsucht für Schüler und Lehrer dürfte sich die historische Schule der Schule, die früher schon aus gleicher Verantwaltung stammte, bat, als Notwendigkeit erweisen.

Böhmen. Kohlenbohrungen sollen hier vorgenommen werden. Es würden damit frühere, primitiv betriebene Bohrungen wieder aufgenommen werden. Zur Durchführung des Projekts wurde eine Bergbau-Gesellschaft Glück auf-Böhmen (mit dem Verwaltungssitz in Leipzig) gegründet.

Penig. Ein eigenartiger Streit ist im nahen Oberelsaßdorf aufgebrochen. Mitte Januar legten die hierigen Kirchenvorstandsmitglieder ihre kirchlichen Ämter nieder. Es sind hierdurch jetzt erhebliche Schwierigkeiten entstanden. So fand am 31. Januar eine Neukirche statt und sämtliche Kirchenvorstandsmitglieder wurden wieder gewählt. Über diese lehnen eine Wiederwahl entschieden ab. Auf vorigen Sonntag war nun wiederum Neuwahl angelegt worden; jedoch verliehen alle Stimmberechtigten die Kirche, ohne ihre Stimmzettel abzugeben zu haben. — Über die Ursache des Streits verlautet nichts.

Nachrichten aus dem Lande.

Schandau. Zwischen Rathen und Böhlitz hat sich am Montag abend von dem gegen 8 Uhr in der Richtung nach Dresden hier passierenden Personenzug eine noch unbekannte, in den 30er Jahren siehende Frauensperson überfahren lassen. Die Leibesmilde wurde mit zertümlichstem Kopf abseits nach der Bahnbrücke des 8-Uhr-Zuges auf dem Bahnhofplatz tot aufgefunden. Dem Vermutet nach handelt es sich um eine Frauensperson aus Böhmen, die sich schon mehrere Tage in dortiger Gegend aufgehalten hat.

Keine Nachrichten aus dem Lande. In der in Leipzig noch immer viel bewohnten Angelegenheit des Leichenfundes in der Pleiße hat der Tübinger Voßmann jetzt gefunden, den Kopf des englischen Dienstmädchen Emma Heine im Rücken eines Wohnung in der Lützowstraße verbrannt zu haben. — Zu der Kesselexplosion in der Metallwarenfabrik in Brodnitz wird noch gemeldet: Als der mit einer an der Kesselanlage verunmündenden Reparatur beauftragte Klempner den Kesselraum betrat, erfolgte in dem kleinen Kessel die Explosion des Kessels, wobei der Klempner und der Feuermann von glühender Asche und Flüss überdeckt und schwer verbrannt wurden. Durch die Explosion, deren Ursache noch nicht ermittelt werden kann, weil beide Schweißverlegten bestimmt waren, wurden die Wände zerstört und herausgedrückt, ein infolge der Explosion aufgebrochener Brand wurde bald gelöscht. — Um ein durchgehendes Werk aufzuhalten, ließ sich dieser in Zwickau ein Einwohner entschuldigen, wobei er aber so unglücklich ungarisch und zur Seite geschnellt wurde, daß er schwer innere Verletzungen erlitt. — Ein mutiges Bürtchen ist der achtjährige Schulknabe Albert Köhler in Bauen, der am Sonntag nachmittag mit eigener Verantwortung einen sechsjährigen Schulknaben vom Tode des Schinkens gerettet hat. Er kam auf das Gelände einer Mädchenschule, durch die dünne Glasscheide eingedrungen war. Es gelang dem kleinen Köhler, den schon untergangenen lebend wieder herzuspielen.

Stadt-Chronik.

Wahlrechtsopfer.

Die 3. Stroßammer verhandelte gestern nachmittag wegen Aufrüttung zum Widerstand und großen Unfalls gegen den 19-jährigen Garagenfahrer Paul Köhler. Er befand sich am 14. Dezember mit in der Wahrzeichenstrasse in Böhlitz und zog dann mit den übrigen Verhandlungsteilnehmern nach dem Stadtkirchen. Auf dem Altmarkt richtete an der Germania der Böttcher Küngel an die Demonstranten eine Ansprache, worauf

diese ihren Weg fortsetzten und in die Schloßstraße einbogen. Zu Höhe der Bildergasse stellte sich den Demonstranten ein Schuhmannsauftrag entgegen. Er befand sich mit in den vordersten Reihen. Da von hinten nachgedrängt wurde, riefen die Demonstranten nach hinten „Halt!“ Der Zug stieß auch und die Gelegenheit benützte R. ein Hoch auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht auszubringen. Noch vor er damit nicht zu Ende, als er von beiden Seiten erfaßt und von den Kriminalbeamten Vogt und Wehlhorn verhaftet wurde. Man brachte ihn auf die Polizeiwache Schlossstraße. Eine Anzahl Demonstranten folgte, mit diesen ein Schuhmann in Uniform. Der eine Kriminalbeamte forderte seinen Kollegen auf, den Schlagring bereit zu halten, und den Schuhmann, blank zu ziehen. (1) Dabei ging R. ohne jede Widerrede mit und die nachfolgenden Demonstranten gingen friedlich hinterher. Auf der Wache wurde R. dann von Vogt gefragt, ob er zugebe, die Demonstranten zum Durchbrechen der Polizeikette aufgefordert zu haben. R. wollte sich auf die ganze Sache nicht einlassen und erwiderte deshalb auf weitere Fragen: „Mag sein“. Das sollte nicht etwa eine Zustimmung sein, sondern er wollte damit alle weiteren Fragen abschneiden. In der Hauptverhandlung bestreitet er ganz entschieden: „Von mir“ kommandiert zu haben, wie die Ansiedlung behauptet. Die beiden als Zeugen dekommunizierten Kriminalbeamten wollen diese Ausweitung aber ganz bestimmt von R. gehört haben, und sie bestätigen dies auch. — Rechtsanwalt Giese wollte der Wahrheit durch eingehende Befragung des Jungen Wehlhorn auf den Grund kommen. Das schien diesem sehr unzueignend zu sein, denn erst gab er ausweichende Antworten, dann erklärte er, er lasse sich keine Belege an, ob er ausgesprochen. Er behauptete nämlich, die elektrische Beleuchtung auf der Schloßstraße brenne bis früh, eine Täuschung in der Person des Angeklagten sei deshalb völlig ausgeschlossen. Beide Zeugen gaben zu, daß die angebliche Aufrüttung keinen Erfolg hatte und daß die Demonstranten ruhig abzogen. Der Fabrikarbeiter Düring befandt unter Eid, daß R. ein Hoch auf das Wahlrecht ausbrachte, als er verhaftet wurde. Rechtsanwalt Giese beantragte Freisprechung, da ein Tritt der Gardisten nicht ausgeschlossen sei. Das Gericht erkannte jedoch auf 3 Wochen Gefängnis und hält eine Au-

Deutscher Reichstag.

Zügung. Dienstag den 16. Februar, nachmittags 2 Uhr.
Am Vorsitzende: Dr. Schulz.

Am zweiten Beratung des Staats für das Eisenbahnamt.

Abg. Stolle (Sos.): Den Vertretern des Reichseisenbahnamtes es gewiß recht sein, wenn sie auf Mängel aufmerksam gemacht haben. Ein Mangel aber geht daraus hervor, daß in den letzten Eisenbahnmeldungen gezeigt wird, daß Deute, welche die Untersuchungen überführen auf Wohlstand hinweisen, aber derartige Meldungen eine scharfe Behandlung seitens ihrer Vorgesetzten erfahren. Eine Verfolgung der königlichen Eisenbahndirektion spricht aus: „Bei getadelten Untersuchungen von Betriebsunfällen sind ergriffen von den als Zeugen geladenen Eisenbahndienstleuten regelmäßige Anträge zur Strafe gestellt worden, die von ihnen vorher gemeldet, noch bei der eisenbahnamtlichen Untersuchung erheben werden. Auf die betreffende Frage des Richters beraten diese Zeugen, derartige Anträge wären ihren Vorgesetzten nicht erlaubt.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Es wäre eine Pflicht des Reichseisenbahnamtes, mit aller Kraft hier für Abhilfe zu sorgen. Ein Kommandoton, wie er in der Kaserne üblich ist, ist ebenfalls auf der Eisenbahn nicht angebracht. (Abg. Zustimmung den Soz.)

Die ersten Klagen der Eisenbahner waren nicht gegen zu lange arbeitende und geringen Lohn gerichtet, sondern gegen die unzureichenden Bremsen. Das Bremseschwänchen erfordert den Zugfahrern Güteklausuren des Dienstes, und wo es fehlt, haben die Menschen darunter zu leiden. Nun ist im November v. J. eine Befreiung ergangen, wonach Verbesserung an den Bremsen erwartet wird. Später Reaktionen darüber nicht entrichtet. Das ist sehr verdächtig. Eine solche Spartheorie ist verwirrend und himmelschreitend. Diese Zustände bedürfen der Aufklärung und Belehrung bei den Soz.) Ich muß schwer betonen, daß die Unzufriedenheit des Betriebes größer geworden ist. Von 1901 bis 1907 ist Zahl der Unfälle gestiegen. Sogar, wenn man die Vergroßerung des Betriebes in Betracht zieht und per Kilometer rechnet, ergibt eine erstaunende Steigerung der Unfälle. Im Jahre 1901 entfielen auf 100 Kilometer 18,8 Unfälle, im Jahre 1907 7,42. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei solchen Zahlen muß man vor allen Dingen der Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten fragen. Eine sechsstündige Dienstzeit von über 16 Stunden gab es im Herbst 1906 allerdings nicht mehr. Und das erscheint der Eisenbahnverwaltung als großer Fortschritt. Aber einen Dienstbetrieb von 14 bis 16 Stunden ist ihr etwas Unbedeutendes zu sein, während es doch zweifelsohne viel ist. (Sehr richtig! links, lachen im Zentrum.)

Und wie steht es mit den Eisenbahnarbeitern in den Werkstätten? Es handelt sich um 800 000 Arbeiter, die den Betriebsanordnungen nicht unterworfen sind. Dieses bestimmt tatsächlich, der Wirtschaftsrecht vom Februar 1905. Früher war es anders. In dem Königreich Württemberg unterstanden die Arbeitseisenbahnwerkstätten auch heute noch der Gewerbeordnung, die zulässige Ausnahme möglich ist, das ist auch in den anderen deutschen Staaten möglich sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Solange das nicht der Fall ist, können Sie bei Arbeitern und Angestellten der Eisenbahnen keine Arbeitszeitverkürzung erwarten. Die Arbeitszeitverkürzung dieser Arbeiter liegt aber eben im Interesse aller Arten der Bevölkerung. Der Reichstag den 20. Februar des Reichseisenbahnamtes dazu drängen, einen Bandel zu schaffen. (Sozal! b. d. Soz.)

Präsident des Reichseisenbahnamtes Schulz hält die vom Vorher genannte Verkürzung für unangängig. Die offenen Eisenbahnstrecken allmählich ganz befreit werden. Im Jahre 1907 seien pro Jahr weniger Unfälle zu verzeichnen als vor 30 Jahren. Sie kann überzeugt sein, daß wir unser möglichst tun, die Betriebszeit zu verlängern.

Abg. Schaefer (frei. Vereinig.): Die Befugnisse des Reichseisenbahnamtes fehlen nur sehr schwach. Sein Stifter, Fürst Max, habe ihm weit umfassende Tätigkeiten zugesetzt. Über einen hohen in Bahnhöfen, wie in Finanz- und sonstigen Fragen Reich förmlich weggeschauten. (Zustimmung links.)

Präsident des Reichseisenbahnamtes Schulz bestreitet, daß das Reichseisenbahnamt von dem preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten abhängig sei. Beide Behörden sinden in ausgezeichneten Beziehungen.

Abg. Ober-Gans zu Bussis (lond.): Die dem Reichseisenbahnamt zugewiesenen Aufgaben werden von ihm in durchaus befriedigender Weise erfüllt.

Abg. Garstens (frei. Volksp.): Bittet um Auskunft, ob das Reichseisenbahnamt Einfluss auf die Löhne üben könne, sowie die Arbeitsmoral Einfluß auf die Betriebsicherheit haben, und verriet sich über den misstrauischen Bahnhof von Elmshorn.

Präsident Schulz, bestreitet, daß das Reichseisenbahnamt nur bei liegender Gefährdung der Betriebsicherheit sich in Verwaltungsbehörden der einzelstaatlichen Verwaltungen einmischen könne und beweist seine völlige Machlosigkeit gegenüber dem Zustand in Elmshorn.

Abg. Storz (länd. Volksp.): Das Reichseisenbahnamt sei gar so machlos, mehr Energie sei aber nötig seitens des Reichs- und des Landes. Manches, was Herr Erbacher über die Betriebsförderung in den Büros sagte, war berechtigt.

Abg. Dr. Fischer (Genz.): In der Budgetkommission ist eine Entlastung einstimmig angenommen worden. Um so gebauerter ist die Konferenz und die Nationalliberalen jetzt nicht dafür einzutreten. Die feste Dienstzeit der Beamten im Reichseisenbahnamt muß erheblich auf andere Beamtenkategorien wirken, so wenig Arbeit da ist, soll die Zahl der Beamten verminder werden. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Stolle (Soz.): Das Verkaufsverbot des Nordwesten auf den obigen, welches Herr Storz erlaubt hat, ist eine Lächerlichkeit. Der letzte Fabrikattpolitik wird nicht erreicht. In meinem Wahlkreis findet sich ein Tunnel zwischen Bellheim und Ditterbach. Doch hat auf beiden Gebieten die Organisation außerordentlich geleistet.

So kann der Holzarbeiterverband mit Stolz von sich sagen:

Er ist ein festes Herz für die ihm Angehörigen und ein festes Votum gegen die Angriffe der Scharfschützen auf die Lebenhaltung der Arbeiter.

Punkte der Volksbildung zur Geltung zu bringen und die Schundliteratur zu unterdrücken.

Wenn wir geswungen sind, Klagen aus einem einzelnen Bundesstaat vorzubringen, so geschieht das nicht aus Partikularismus, sondern aus dem Partikularismus des großen Bruders Preußen entgegenzuersetzen. Dieser große norddeutsche Bruder treibt Partikularismus und betrachtet die kleinere Brüder. Redner legt ausführlich die finanzielle Tropothie des preußisch-hessischen Eisenbahntarifvertrages dar, wodurch Hessen im Laufe von zehn Jahren durch die ungünstige Teilungsspitze um nicht weniger als 20 Millionen Mark verhindert worden ist. Mehrmals vom Präsidenten zur Sache gerufen und von der Redens durch Rivalität unterbrochen, weiß sich Redner nicht für eine Auskunft, sondern für eine gerechte Verbesserung dieses Vertrages aus. Wir werden nicht aufdringen, die gerechten Belohnungen heranziehen, um das ganze Reich zu unseren Gunsten mobil zu machen. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Abg. Henz zu Herrnheim (nassl.) polemisiert gegen den Abg. Ulrich und schlägt den preußisch-hessischen Vertrag als das größte Entgleisen von vorsätzlicher Seite und einen großen Vorteil für Hessen. (Lautes Bravo! rechts. Lachen b. d. Soz.)

Abg. Storz (länd. Volksp.): bezeichnet die Ausführungen Ulrichs als übertrieben, will aber auch das vorbehaltlose Lob des Herrn v. Henz nicht unterschreiben. Herr Hitler scheint von der Annahme des Eisenbahnvertrages eine Gefahr für die Weltbevölkerung zu sehen, der das Zentrum seine Macht verdankt. (Sehr richtig! links, lachen im Zentrum.)

Abg. Stolle (Soz.): Die Zahlen, die der Herr Präsident mir gegenüber angegeben hat, sind nicht stimmig. Im allgemeinen hat die Zahl der Unfälle zugenommen. In Sachsen hätte mit Einführung der vierten Wagenklasse auch eine Vermehrung des Zugbegleitpersonals eintreten müssen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. David (Soz.): Herr von Henz hat angeblich im Namen der großen Mehrheit des hessischen Volkes gesprochen. (Zuruf: Das Volk in der Freien Kammer!) In der Freien hessischen Kammer ist das Volk überhaupt nicht vertreten und das hessische Volk würde immer das Gegenteil von dem, was Herr von Henz dort in seinem Namen sagt. Herr von Henz hat nicht den geringsten Verdacht gemacht, daß von meinem Freunde Ulrich vorbereitete Material zu erlaubnen, miedes beweist, daß Preußen sich hohe hunderte auf Kosten Hessens zu Unrecht bereichert hat. (Sehr wahr! b. d. Soz. Unruhe rechts.) Eine Revision des Vertrages muss eintreten, wenn es überhaupt ein Recht geben soll. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Abg. Freiherr Henz zu Herrnheim (nassl.): Mit dem Bericht sind in Hessen alle Parteien zufrieden, nur nicht die Sozialdemokraten. Das Interesse Hessens ist dabei aufs beste gewahrt.

Abg. Ulrich (Soz.): Das glänzende Gesetz, daß wir Hessen nach Herren von Henz gemacht haben sollen, besteht darin, daß wir die Rechenschaft für uns haben, weil wir neue Schulden machen, worauf sogar unter Finanzminister hingewiesen hat. Unsere Eisenbahngeld benötigt 100 Millionen und vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Resolution wird angenommen.

Das Haus verläßt sich auf Mittwoch 2 Uhr. (Gelehr betreffend Wissensunterstützung und öffentliche Rechte, Banknoten, Gelehr betreffend Befestigung des Doppelbesetzung.) — Schluss 7½ Uhr.

Berichtigung: In der Wiedergabe des gestrigen Redes des Genossen Götz zum Etat des Reichstages befindet sich ein Irrtum. Genosse Götz erklärte sich nicht mit der Anregung des Freiherrn v. Hartling (offizielle Kommission, und Plenarberichte) einverstanden, sondern mit der des Grafen Operndorf (Vorstellung einer Gesichtsrede des Reichstages). Genosse Götz hat sich ebenso wie Genosse Ledebur ausdrücklich gegen den Plan einer offiziellen Berichterstattung erklärt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Holzarbeiterverband in Dresden im Jahre 1908.

Die Organisation hat sich auch im vergangenen Jahre trotz der schweren wirtschaftlichen Krise gut gehalten.

Sehr interessant ist eine Auflistung in dem und zugegangenen Jahresbericht über die Mitgliederzahlen seit dem Jahre 1890. 1890/49, 1898/9702 Mitglieder. Die höchste Zahl hatte der Verband im vorigen Jahre: 4707. Aber auch dieser in Betracht der geringen Krise unbedeutende Rückgang zeigt nicht etwa die mindere Werktrekkraft des Verbandes, sondern beruht auf der bedeutend höheren Zahl der abwesenden Mitglieder.

Die Gesamtnahme des Verbandes betrug 105 289,10 M., die Gesamtausgabe 105 089 M. Al Arbeitslosenunterstützung wurden geleistet 34 975 M., an Krankenunterstützung 22 015 M.

Die für Kämpfe aufgegewachsene Summe war gering. Trotzdem ist die Organisation auch im verschlossenen Jahre nicht müßig gewesen und hat ohne Streik manchen Erfolg errungen.

Auch die Auflösung und Bildung seiner Mitglieder hat dem Verband am Herzen gelegen, und der Bericht konstatiert mit Genugtuung die wesentlich höhere Frequenz seiner Mitglieder.

Trotz der großen Anforderungen, die naturgemäß in Zeiten der wirtschaftlichen Krise an die Leistungsfähigkeit jeder Organisation gestellt werden, sind die organisierten Holzarbeiter gerillt auf kontinuierliche Kämpfe. Die Sozialfalle enthielt am 31. Dezember 1908 den statlichen Beitrag von 61 880 M. trotz einer Ausgabe von 39 192 M.

Die gezahlten Stundenlöhne differieren in den einzelnen Branchen außerordentlich; die Höchststundenlöhne sind 75 Pf. die niedrigsten 22 Pf. (Kommacher). Die Arbeitszeit ist zwischen 52 (Bartlebiger) und 65 Stunden (Drechsler und Stadtarbeiter). Doch hat auf beiden Gebieten die Organisation außerordentlich geleistet.

So kann der Holzarbeiterverband mit Stolz von sich sagen: Er ist ein festes Herz für die ihm Angehörigen und ein festes Votum gegen die Angriffe der Scharfschützen auf die Lebenhaltung der Arbeiter.

Vorlesung.

Die Arbeitslosigkeit im Metallarbeitergewerbe.

Im Monat Januar hatte die höchste Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbands 1058 Arbeitslose zu verzeichnen (1907: 243; Ende Januar 1124 (1907: 291). Man sieht schon aus diesen Ziffern die gewisse Sicherung. An Arbeitslosen-Unterstützung wurden im Januar d. J. 17 073,60 M., außerdem an Krankengeld 5789,50 M. Der Arbeitsnachfrage wurde bedenkt, daß die Zahl der Bugezogenen und Neuauftretenen umherzugehen ist. Immerhin sind 140 Neuauftretenen erzielt worden.

Aus der Umgebung.

Österr. Krankenfassenwahl in Wien.

Bei der Wahl von Generalsekretär und Beirat für die Österr. Krankenfassenwahl in Wien ist die Arbeitnehmer die vom Gewerkschaftsamt aufgestellte Fartei.

Anland.

Der entzündete Arm.

Herr Karl Kraus, Erfurt, der Vorsitzende der Rosenthaler Sonderbündler, fordert uns unter Verufung auf das Prächteger auf, folgende Verichtigung zu bringen:

„Am 17. November 1908 verunglückte ich durch eine schwere Armbandschwellung, durch welche ich heute noch arbeitsunfähig bin. Trotz dieses Unglücks übernahm ich das Amt am 2. Januar 1909 in Mannheim, konnte dasselbe aber nicht halten, da die Binde-

des Arms heruntergerutscht war und selbstverständlich dadurch und durch die lange Eisenbahnschafft des Armes stark entzündet war. Vom Vorstand beschluß war ich berechtigt, einen Antrag zu formulieren. Dieser riet mir die Abreise, da der Arm durch Aufregung stark geschwollen wäre. Somit war es nicht Eitelkeit, die mich veranlaßt hatte, nicht in W. zu sprechen, sondern mein stark entzündeter Arm.

Meine Abmeldung vom Fr. 8. d. M. D. geschah wegen persönlicher Differenzen mit einigen Vorstandsmitgliedern. Ihr Schluß ist traurig ebenfalls nicht zu erbringen, daß ich gegen die Partei gefärbt habe.“

Wir wollen nur bemerken, daß die Mittelungen, die wir über das verunglückte Datum in Mannheim gehört haben, doch auf Grund des Berichts über eine Vorstandssitzung der Rosenthaler zu Ende gekommen sind, darin war aber nicht im geringsten die Rede von einem entzündeten Arm.

Johann Stanislav.

Johann Stanislav, der frühere erste Redakteur und Verleger des Gründers, ist am Sonnabend am Gehirnblutung gestorben. Stanislav war der Begründer des 1888 in Fortsetzung des Neuen Haushaltswerkes erschienenen Blattes. Schon vor einigen Jahren erlitt er einen Schlaganfall, war aber noch bis Ende 1908 in der Redaktion tätig. Der Verstorbene war vor Begründung des Blattes Bevollmächtigter des Mauren- und Steinauerbundes in Hamburg und vertrat auch die Hamburger Männer auf verschiedenen Kongressen.

Berufsfehlungen.

Wiederum sind wir in der Lage, die falschen Berufsberührungen des Gewerbeverbands Deutscher Metallindustrieller veröffentlichen zu können und bringen dieselben nachstehend im Wortlaut.

7 und 8

(67, 122, 180, 213/8 u. 4/09)

Gewerkschaftsverband Deutscher Metallindustrieller. J. Nr. 90. Rundschreiben Nr. 7 pro 1909. Berlin, den 6. Februar 1909.

Bei den Firmen:

Wests. u. Kielshausenwerke, G. m. b. H., vorm. Dr. L. Greie, Grünweg u. Hartmann, G. m. b. H., U. Haase u. Co., Stolzwerke "Görlitz", G. m. b. H., Norddeutsche Metallwerke Kreuzel u. Nitschmann, Kleinbold u. Co., Willbrandt u. Co., sämtlich in Hamburg,

sind die Arbeiter in einen Streik eingetreten, weil sie die Arbeitsbedingungen des Arbeitgeberverbandes für das Metallgewerbe in Hamburg nicht annehmen wollen. — Wir bitten, alle von genannten Firmen kommenden Arbeiter auf weiteres nicht einzustellen. Gewerkschaftsverband Deutscher Metallindustrieller.

J. Nr. 90. Rundschreiben Nr. 8 pro 1909. Berlin, den 6. Februar 1909.

Die Arbeiterbewegung bei den Firmen:

Die Firma Metallwerke Kreuzel, G. m. b. H., vorm. Dr. L. Greie, Grünweg u. Hartmann, G. m. b. H., Norddeutsche Metallwerke Kreuzel u. Nitschmann,

finden die Arbeiter in einen Streik eingetreten, weil sie die Arbeitsbedingungen des Arbeitgeberverbandes für das Metallgewerbe in Hamburg nicht annehmen wollen. — Wir bitten, alle von genannten Firmen kommenden Arbeiter auf weiteres nicht einzustellen. Gewerkschaftsverband Deutscher Metallindustrieller.

J. Nr. 90. Rundschreiben Nr. 9 pro 1909. Berlin, den 6. Februar 1909.

Die Arbeiterbewegung bei den Firmen:

Die Firma Metallwerke Kreuzel, G. m. b. H., vorm. Dr. L. Greie, Grünweg u. Hartmann, G. m. b. H., Norddeutsche Metallwerke Kreuzel u. Nitschmann,

finden die Arbeiter in einen Streik eingetreten, weil sie die Arbeitsbedingungen des Arbeitgeberverbandes für das Metallgewerbe in Hamburg nicht annehmen wollen. — Wir bitten, alle von genannten Firmen kommenden Arbeiter auf weiteres nicht einzustellen. Gewerkschaftsverband Deutscher Metallindustrieller.

J. Nr. 90. Rundschreiben Nr. 10 pro 1909. Berlin, den 6. Februar 1909.

Die Arbeiterbewegung bei den Firmen:

Die Firma Metallwerke Kreuzel, G. m. b. H., vorm. Dr. L. Greie, Grünweg u. Hartmann, G. m. b. H., Norddeutsche Metallwerke Kreuzel u. Nitschmann,

finden die Arbeiter in einen Streik eingetreten, weil sie die Arbeitsbedingungen des Arbeitgeberverbandes für das Metallgewerbe in Hamburg nicht annehmen wollen. — Wir bitten, alle von genannten Firmen kommenden Arbeiter auf weiteres nicht einzustellen. Gewerkschaftsverband Deutscher Metallindustrieller.

J. Nr. 90. Rundschreiben Nr. 11 pro 1909. Berlin, den 6. Februar 1909.

Die Arbeiterbewegung bei den Firmen:

<p

Neues aus aller Welt.

Die Attentate auf Frauen und Mädchen.

Berlin, 17. Februar. Das fortwährende Entkommen der Mefserischer bestimmt die Erregung der Aufregung und das Entsetzen vieler Gesichter. Gestern abend sah auf dem Wittenbergplatz in Charlottenburg eine elegante Dame von einem Unhold erschossen werden sein. Letzlich ist dort nichts vorgefallen. Auf der anderen Seite nimmt die Neigung von Mädchen zu, die simulieren, sie seien geflochen worden.

Berlin, 18. Februar. Drei neue Attentate auf Mädchen und Frauen wurden heute gemeldet. Schon in früher Morgenstunde tauchte der Mefserische in Lichtenberg wieder auf. In der Niederbarmherige Straße 25 verließ die 20 Jahre alte Schneiderin Lucie Kuschke um 7 Uhr ihre Wohnung. Treppenhaus und Flure waren noch dunkel. Auf dem zweiten Treppenabsatz begegnete dem Mädchen ein ihm unbekannter Mann. Er ging sofort an ihr vorbei und verließ ihr, als sie Seite an Seite waren, einen Mefserischen in den rechten Oberhantel. Um 11 Uhr vormittags wurde ein zweites Attentat gemeldet. Ein in der Kaiserallee 205 wohnhaftes Mädchen, das um diese Zeit über den Hohenzollernbahn ging, wurde dort von einem Manne, auf den die von den gestrigen Attentaten her bekannte Beschreibung passte, in den linken Arm geschossen. Auch diesmal gelang es dem Täter, zu entkommen. Das verwundete Mädchen konnte sich allein in ihrer Wohnung begeben. Kurz vor 12 Uhr wurde in der Chlauer Straße 9 im Hausflur eine Frau Lehmann von einem unbekannten Mannen geschossen. Die Frau beschreibt den Täter wie in den übrigen Fällen mit schwarem, steifem Hut und dunklem Überzieher. Der Täter ist abermals entkommen.

Berlin, 18. Februar. In Rixdorf brachte ein 20 jähriger Mann einem 18 jährigen Schulmädchen einen Schlag in die Leiste, wodurch bei dem Mädchen wurde leicht verletzt. Der Täter ist entkommen.

Berlin, 18. Februar. In Rummelsburg wurde heute Abend eine Frau von einem unbekannten Täter geschossen.

Berlin, 17. Februar. Von dem Hochwasser in der Altmark wichen Werken und Lensen haben sich große Erfüllungen angekündigt. Die

25 Kilometer lange Kleinbahn Golßen-Werben stellte den Betrieb ein. Eine große Strecke des Bahndamms ist spurlos verschwunden. 27 Personen, die sich unterhalb lagen auf den Dächern aufzuhören, wurden von Pionieren gerettet. Für die leise Radt wurde in Erkauft einen großen Sturmwellen erwartet. 150 Soldaten wurden gestern dort einsatzbereit. Die Hochwasserschäden in einer Breite von etwa drei Kilometern umfassen in ihrem Maßstab auf Erkauft zu, alles nieherhebend, was sich ihr in den Weg stellte. Im Oderberg läuteten gestern die Glocken Sturm.

Landsberg an der Warthe, 18. Februar. Das Schwurgericht verurteilte die Mauerbrecherin Merten und Gründel, die ihren 17 jährigen Kollegen Haase in angebrachtem Zustand erschlagen und den Körper in die Warthe warfen, zu acht Monaten bzw. 1 1/2 Jahr Gefängnis.

Braunschweig, 18. Februar. Im benachbarten Bruchhausen sind vier Kinder beim Schlittschuhlaufen eingekrochen. Nur das kleinste, das erst vier Jahre zählt, konnte gerettet werden.

Braunschweig, 18. Februar. In Osterwieck brachten zwei Knaben beim Schlittschuhlaufen ein, zwei andere, die sie retten wollten, hatten dasselbe Schicksal. Alle vier starben.

Halle, 18. Februar. Der Maler Flemminger verließ mit einem schweren Hammer seiner Frau mehrere Schläge und verlor sie mit einem Hammer auf den Hals zu durchschneiden. Beide wurden schwer verletzt.

Magdeburg, 18. Februar. In einer Privatzimmer erschoss sich heute der Bankier John, Minihaber der diesen Firma Bonn und Baugesellschaft m. b. H. Das Motiv ist unbekannt. Man vermutet gesellschaftliche Schwierigkeiten.

Woritzheim, 18. Februar. Altbürgermeister Steudl in Göttingen wurde heute vormittags in seiner Scheune erschlagen aufgefunden. Dem Täter, der vermutlich war, gelang es, zu entkommen.

London, 18. Februar. In der Kohlengrube zu Westfalen, nordwestlich von Durham, ereignete sich eine heftige Explosion. Angeführt 200 Arbeiter wurden verletzt. Da der Sprengstoff zum Schie-

ben ebenfalls durch die Explosion beschädigt ist, sind die Betriebsstörungen sehr erheblich. Man befürchtet, daß viele Arbeiter umgekommen sind. Gestern nacht um 2 1/2 Uhr kamen die Bergarbeiter ein lebendes Erdbeben festgestellt. Gestern bei einer anderen Erdbeben wurde großer Schaden angerichtet. Es starben ein, wobei einige Personen schwer verletzt wurden.

Reinickendorf, 18. Februar. Im Kapulpa brach im Klosterhof während einer zu Ehren des Gouverneurs gegebenen Feierstunde infolge Explosions des Kinematographen ein Brand aus und zerstörte das Theater vollständig ein. Dreihundert Personen fanden ums Leben. Die Flammen griffen mit unheimlicher Schnelligkeit an und verbreiteten sich bis zu den Türen. Viele der Besucher wurden bei dem Tod verbrannt. Die wenigen gebürtigen Überlebenden verbrannten bei lebendigem Leibe, nur wenige jedoch durch Erstickung den Tod.

Wetterbericht von der Wetterstube an der Wannsee
am 17. Februar, mittags 12 Uhr.
Barometer: 749. Veränderlich.

Thermometer: -0° R.
Thermometrogramm: Min. -2, Max. +1.
Höhenmeter: 80°.
Wasserstand: -123.

Wetterprognose des KdSt. Meteorologischen Instituts zu Berlin
für den 18. Februar 1909
Schwache Südwestwinde; heiter; Temperatur nicht erträglich,
aber; vorwiegend trocken.

Neu! Victoria-Salon. Neu!
Fünf Srones-Stationen: Nordost in der Toone; The Session; The
two Teasdes; Humorist Brand; Pratos Alen-Circus u. a. m.
Anfang 6 Uhr Sonntags zwei Vorstellungen: 4 Uhr u. 8 Uhr
Im Tunnel-Kabarett: singt, tanzt, sitzt. Eintritt 10



Bamf
nachweislich
der beste Malzkaffee
der Welt.

In
allen
besseren
Geschäften
zu
haben.

Generalvertreter für Dresden und Umgegend: Bruno A. Hoffmann, Dresden-A., Johannstädter Ufer 4, Fernsprecher 9492.

Alleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden.

Nach amtlichen Feststellungen. (Es verfehlen sich: der niedrigste Preis für Fleisch mit Zulage, der höchste Preis für Fleisch ohne Zulage.)

Röhres Bezeichnung	Preise für 1% Kilogramm		
	15. Febr. 1909	Ende Jan. 1909	Ende Jan. 1908
Mindfleisch		PI.	PI.
Kraut	60-120	60-120	70-120
Sousch	50-80	50-80	60-80
Bratenfleisch, Reute	80-120	80-120	80-120
Schob	80-160	80-160	80-160
Leinde, unausgekästelt	80-140	80-140	80-140
Leinde, ausgelöscht	110-250	110-250	110-250
Rindfleisch			
Schnitzfleisch	120-200	120-200	120-200
Reute	80-120	80-120	70-120
Uebige Teile	80-120	80-120	60-120
Gammelfleisch			
Reute	75-120	75-120	75-120
Kotelett	75-120	75-120	75-120
Kochfleisch	60-100	60-100	65-100
Schweinefleisch			
Reute	75-100	75-100	70-100
Krotz	85-120	85-120	80-120
Bruch	65-85	65-85	60-80
Knödel	30-70	30-70	30-70
Bratfleisch	80-130	80-130	80-140
Schnitzen im ganzen Stück	100-150	100-150	90-150
Schnitzen im Rutschmied	160-240	160-240	160-240
Esel, geräuchert	70-100	70-100	80-100
Esel, roh	65-90	65-90	65-90
Schweinefleisch	90-100	90-100	90-100
Winderichsfleisch	60-80	60-80	60-80
Blutwurst	50-140	50-140	50-140
Leberwurst	60-140	60-140	60-140
Herrenwurst	120-200	120-200	120-200

Tischlerarbeiten

Einrahmen von Bildern, Ver-
glasten Bildern usw.

O. Kallert, Tischler
Vorstadt, Unterstraße 8.

Ungebleicht. Hemdenbärchen

Wert von 40 Pf. an
das 10-Pfund-Sack 12.50 M.
wovon alle prima Webwaren einschlie-
ßlich

Webwaren-Medaille 2. Gold
Vorstadt, Unterstraße 8.

Umsort u. franz. Pracht-Katalog
Illustr. Pracht-Katalog
Spiel-, Musikwaren etc. ca. 5000 Gegen-
stände sind enthalten. Beste
Einkaufs-Quelle. Wichtig für jeden.
Bitte zu verlangen.

Fritz Hammesfahr
Fabrik. u. Versandhaus
Versand per Nachnahme
od. vorh. Kasse

Haushalt: Nur bei mir zu haben.
Kronen-Diamantstahl ... M. 2.25
Kronen-Silberstahl ... M. 2.25
Rasiermesser, Weißmess. L. 25
Rasiermesser u. Pinsel M. 0.25
Rasiermesser, Weißmess. L. 25
Rasiermesser u. Pinsel M. 0.25
Verknoten d. Haare auf 8-10 mm Länge
Strick-Linoleum ... M. 1.-
Konservierte Rasiere garnitur mit Blattstift in seinem Etui M. 4.25. E. - .

Radebeul
Bau-Unterführung v. Böttcher
waren am 1. Februar 1909
V. Tiefenbach, Unterstraße 30.

6 Pfund, Riegel, Reklamationen
bill. Zimmermann, Langauerstr. 30.

Achtung! Achtung!

Empfehle mich zur Reparatur iden-
tischer Schuhwaren. Herstellung
nach Mod. Sauberkeitsausführung.

Herrenschuhe 1.20 M., Damen-
schuhe 1.00 M.

Hochachtungsvoll K. Neumann,
Mügeln, Überstraße 10, 2.

Bestreichen ihrer Schuhverkleidung
mit einem weißen Klebstoff.

Bestreichen ihrer Schuhverkleidung

Lehrschriften Arbeitse-Jugend. Die gesetzl. Räume unter den Jugendbergen. In Jeden einzelnen soll kein Zollholz leben vorher: Am Sonntag. — Die dämonische Stunde und die Heilige-Jugend. Von Hans Höfflin. Die Berliner der Heilige-Jugend (II. Die Kreisheilige-Jugend). Von Max Peters. — Ein jugendliches Quadrat am 60. Geburtstage der sozialistischen Wehrleistungsführung. Gustav Dorren und seine Lehrer. Von W. G. Döge. — Eine neue Jugendbewegung. Von Artur Roß. — Gewerbeschule-Bewegung. — Das der Qualität. — Von Arbeitsaufgabe. — Lehrbücher. — Willigle's: Jung-Heiliger. Schule von Sammelsäuber. — Wie viele Soldaten. Von Robert Gräf. — Der Galben der Revolution (Siegfried Wengel). — Der Beitrag als Geschichtsstoff. Von Hermann Weigel. — Weier für die Jugend. Staatschulminister. Von Dr. W. Bisper.

Dreißner Kalender

Wandern und Reisen - Freizeitkarte und Wissens-
chaftliche Mitteilungsblätter. Redaktion:
Herrn Dr. Schmid, Abteilung für Geographie
der Universität, 8000 München 2. Der Preis für eine Monatsausgabe
 beträgt je der Preissatz 1.00 DM. Dienstags bis Sonntagnachmittag 9 bis 12 Uhr 20 Pf.,
 Sonnt. und Feiertagen 11 bis 12 Uhr 25 Pf.



Wir reiten in die Kreuz und Quer
Nach Freuden und Geschäften,
Doch immer läßt es hinterher
Und bellt aus allen Kräften.
So will der Spitz aus unserm Stall
Uns immerfort begleiten,
Und seines Bellens lauter Schall
Beweist nur, daß wir reiten.

Wissenschaft verkannt ziehen war, teilt nun Begriff und gegen
Begriff von dieser Art gefügt verbreit; eine eignartige
Dialektik ist, mit Grammatiklehre fast eben ebenso
herlichen Gemüthsbildung nahe zu kommen; der bisher oben gesprochene
Steinzeitgedanke (Ortsteologie) wird die völlig neue Steinzeit-
geschichte (Weltlogie) an die Seite gestellt, die nach einer „Barba-
renaltersgeschichte der organischen Entwicklung“ als die endgültige Er-
klärung jetzt bestätigt wird; geschlagene Steinzeitklasse werden
entweichen, um die fleißigen Bettensäckchenherstellerin angeblich
zu beglücken; die Archäologie, der ist auch die Weltgeschichte
widerstanden müssen, wird als Teil der Zoologie proklamirt;
ein „Skelett des Menschen“ wird untersucht, ein Kapitel „Stern in
der Natur“ steht dem Bericht.

arwin und Haedel

arwin und Haedel

Den Friede in diesen Tagen den hartherztes Schenktage
s und zugleich den schlimmsten des Krieges. Denn
erfüllt den Schreck, und seine Reize wird als heftiger Gewin-
n der Menschenheit geprägt.

Der Mann, der sich für dabei erinnert, daß dem alten immer ja auch die Regierung einen letzten Kampf und Sieg
gegen die Römer gelungen sei, leuchtet es seinem Blut im Herzen der Wahrheit.
Und dabei wird man davon überzeugen, ohne den
eigenen alten zu belästigen — die Rechte Romani nicht nur voll
und bestimmt eine Weltwährung geworden wären, jenes
Weltreiches — und Friedens.

in der Sprache eines begeisterten Propheten bei Ernst Roedelius. Dantes als einer der ersten schlämmt und brennt wieder auf. Mit unerhörtem Ego hat er die Menschen geprägt und will einer Rücksicht für Künstegegner, die gewolltes Selbstzweck waren, nichts. Er hat mit einer erstaunlichen, unergründlichen Energie, Beurkst auf Beurkst. Dantes Überzeugungen eignen sich freilich zu einem philosophischen System, das, materialistisch begründet, mit seiner Idealtheorie in die Kraft einer Religion zu verzweigen scheint.

„hat auch seine „Genetische Morphologie“ vom Jahre „Ein unbedeutendes Buch, das seiner ganzen Natur nach höchstens erregt.“ Mitte des Jahres Rudolf Deutscher in einem sehr heftigen Zeitungsbericht. Das „Grundkunstwerk der modernen Naturwissenschaft“, wie es hieß der Münchner Profess. Rudolph Hartmann.

Wiederher gestig lang in der Zeit das Buch zwischen Guß-
und Welt Goethes erschienen sein. Wiederher für ein ver-
schwundenes Werk erhalten vor allem der Geist, der über dem
Meister: Goethes Name stand auf dem Wissensblatt,
ein Buch und jedes Kapitel war ein Goethewort als Rechte.

ab dann gut noch Dantzig!
Bei Jahre warher hatte Hordel bei seinem Besuch gemacht,
dass Ratsfechtern-Besitzung in Stettin „der gewölb-
ten und schattigen“ Hoffstett „unserer Zeit“ plausibel ge-
wesen sei. Über die „schönen Kapitäne“ des Englands hat er
den „Anspießern“ Ratsfechtern höflichst geschwiegen.
Doch ein Ernst Hordel magis treiben, auf diesem

... können eine soziale Theorie des Rechts aufzubauen
der Darwinismus — „durchdringlicher als Darwin“ —
enthielt das unerhörbare Buch nach die unerhörtesten Dinge.

Die U. R. war seit langer Zeit vergriffen und stand ganz auf der Kieserburg; bei Prof. Hirschel die gebührenden Vorlesungen aufgezeigt unter dem Titel: „Principien der Geschichte“

Die GR. DR. habe seit langer Zeit vergessen und kann ja
Kreisberatung bei Prof. Hirsch die Schreibendenen Partien
aufgefordert werden kann diese: „Prinzipien der Gewerkschaft“

